

AKTUELL

| | |
|-----------------------------|----|
| Abfall, Chemie & Emissionen | 8 |
| Globalisierung & Eine Welt | 10 |
| Klima & Energie | 11 |
| Konsum & Verbraucherschutz | 15 |
| Landwirtschaft & Gentechnik | 16 |
| Naturschutz & Biodiversität | 19 |
| Tierschutz & Ethik | 22 |
| Umweltpolitik & Umweltrecht | 22 |
| Verkehr & Tourismus | 24 |
| Wasser & Meere | 25 |
| Wirtschaft & Ressourcen | 27 |

VERBÄNDE



| | |
|--------------------------------------|----|
| Thema: Netzwerk Naturschutz für alle | 29 |
| DNR intern | 30 |
| Aus den Verbänden | 30 |
| Preise & Ausschreibungen | 31 |

SERVICE

| | |
|-----------|----|
| Termine | 32 |
| Impressum | 32 |

ökopädNEWS

| | |
|--|----|
| ANU-Informationsdienst Umweltbildung | 33 |
| Schwerpunkt: Klimaschutz in Bildungseinrichtungen | |

THEMEN DES MONATS

Landwirtschaft

Sich die Ernte teilen

**Wer nachhaltige und regionale Ökoprodukte wünscht, kann
einem Solawi-Hof beitreten oder einen gründen**

Seite 2

Klimawandel

Vom Unwetter zur Katastrophe

**Die Erderwärmung hat sich nicht verlangsamt, sie ist
lediglich verzögert**

Seite 4

Gewässermanagement

Der Lachs kehrt in den Rhein zurück

**Freischwimmen vom Rheindelta in den Niederlanden bis zum
Rheinfall in der Schweiz**

Seite 6

Interview: Gentechnik

„Mehr Aufklärungsarbeit notwendig“

**Bundestagsabgeordnete wollen mehr Souveränität für die
EU-Mitgliedstaaten bei der Zulassung von gentechnisch
veränderten Pflanzen**

Seite 17

Landwirtschaft

Sich die Ernte teilen

Wer regionale und nachhaltige Ökoprodukte wünscht, kann einem Solawi-Hof beitreten oder einen gründen

Immer mehr Menschen sind Teil einer solidarischen Landwirtschaftsgemeinschaft (Solawi). Bei diesem Konzept tragen mehrere Privathaushalte die Kosten eines landwirtschaftlichen Betriebs. Im Gegenzug erhalten sie die Ernte. Der Vorteil für die ErzeugerInnen: Planungs- und Einkommenssicherheit. Der Vorteil für die Mitglieder: frische Ware, von der sie wissen, woher sie kommt und wie sie hergestellt wurde. ■ VON ELENA HOFMANN, SOLAWI-MITGLIED

Waren Sie heute schon einkaufen? Vielleicht waren Sie schnell nach der Arbeit noch im Supermarkt, oder Sie haben im Bioladen um die Ecke eingekauft. Was haben Sie in Ihrer Einkaufstasche nach Hause getragen? Ein paar Kartoffeln aus Deutschland, Tomaten und Zucchini aus Spanien, eine Zitrone aus der Türkei und vielleicht eine Melone aus Costa Rica. Eine Alternative zum herkömmlichen Einkauf bietet die Versorgung durch die Produkte einer solidarischen Landwirtschaftsgemeinschaft (Solawi). Mitglieder des Ökohofs Waldgarten beispielsweise können sich ihre wöchentliche Portion Bioobst und -gemüse in einem kleinen Berliner Kiezbüro abholen: Kartoffeln, Möhren, Mangold, Lauch, Tomaten, einen Salatkopf oder eine Tüte Wildsalat, einen Bund Kräuter und Erdbeeren. Das alles kommt von einem kleinen Hof etwa 100 Kilometer von Berlin entfernt.

Obst, Gemüse, Brot, Eier und Milch direkt vom Erzeuger

Solidarische Landwirtschaft bezeichnet den Schulterschluss zwischen KonsumentInnen und ProduzentInnen, um eine nachhaltige, regionale und verbindliche Produktionskette zu entwickeln. Andere Namen für das gleiche Prinzip sind Food Coop oder Kooperative, Gemeinschaftshof oder CSA (Community Supported Agriculture). Die Idee dahinter ist ganz simpel. KonsumentInnen erhalten wöchentlich Lieferungen eines Landwirtes oder einer Landwirtin in der Region, abhängig davon was und wie viel es gerade gibt. Die Lieferungen können nur aus

Obst und Gemüse bestehen, aber auch Eier, Milch, Brot, Saft, Fleisch und anderes produzieren manche LandwirtInnen. Die Lieferung wird an einem Ort wie einem Bioladen, einem Kiezbüro oder der Garage eines Mitglieds gelagert. Die StädterInnen können sich dann ihren Teil der Ernte abholen. Dafür zahlen sie einen monatlichen Beitrag und verbringen ein paar Tage im Jahr zur Arbeit auf dem Hof. Die Summe der monatlichen Beiträge muss die Gesamtkosten des Hofes decken. Jede solidarische Landwirtschaftsgemeinschaft kann unterschiedlich aufgebaut sein und funktionieren.

Eigenleistung: Mitgliedsbeitrag und Ackern auf dem Hof

Die Solawi Ökohof Waldgarten in Barenthin sieht so aus: Eine Gruppe KonsumentInnen, bei uns etwa 30 Personen aus einem Stadtteil Berlins, schließt sich zu einer Gemeinschaft zusammen. Die StädterInnen erhalten gegen einen monatlichen Fixpreis saisonales Bioobst und Gemüse von einem Bauern im Umland. Die Mitglieder verpflichten sich für ein Erntejahr von April bis April einen Betrag von 60 Euro an den Bauern zu bezahlen sowie pro Einheit mindestens vier Arbeitstage auf dem Hof zu leisten. Außerdem übernimmt jeder Haushalt eine Aufgabe, wie das Konto zu kontrollieren, die vierteljährlichen Vollversammlungen, auf denen alles Wichtige besprochen und der Kontakt zum Bauern gehalten wird, zu organisieren oder neuen Mitgliedern die Abläufe zu erklären. Dafür liefert der Bauer einmal pro Woche die wöchentliche Ernte seines Hofes, die die Konsumentengrup-

pe untereinander aufteilt. Oft ist das eine ganze Menge, manchmal aufgrund des Wetters oder der Jahreszeit aber weniger. Bei den jährlichen Arbeitseinsätzen gibt es immer viel Spannendes zu tun, so haben die Mitglieder Gemüse geerntet, Bäume gemulcht oder ein Lager für Kartoffeln, Rüben und Rote Bete gebaut. Solidarität kann unterschiedlich aussehen. Während in der Solawi Waldgarten für jede wöchentliche Portion ein fester Beitrag gezahlt wird, gibt es auch Gemeinschaften, in der jede und jeder so viel zahlt wie er oder sie kann. Auch Arbeitseinsätze kann man unterschiedlich nach individuellen Möglichkeiten verteilen. So kann gesundes, regionales und ökologisches Gemüse allen Verbrauchern, unabhängig vom Einkommen angeboten werden.

Transparenter Wirtschaftskreislauf

Lebensmittel werden in einer Solawi nicht über einen Markt verteilt, der ihnen einen Preis zuschreibt. Stattdessen erhalten die LandwirtInnen einen über ein Jahr gesicherten Betrag, der ihre Kosten deckt. Dadurch können sie Landwirtschaft betreiben, die weder die Arbeitenden noch die Natur ausbeuten muss. Außerdem können so regionale und kleinbäuerliche Strukturen unterstützt werden, die oft unter großem ökonomischen Druck stehen. Die Risiken, wie Ernteausfälle, sind auf vielen Schultern verteilt, gleichzeitig erhalten die KonsumentInnen aber auch besonders viel Gemüse bei guten Ernten. Unabhängig von der Ernte können sich die LandwirtInnen somit auf das monatliche Einkommen und die Abnahme der Lebensmittel verlassen. Durch die enge

Verbindung zwischen LandwirtInnen und KonsumentInnen sind beide nicht mehr Marktzwängen unterworfen, sondern können gemeinschaftlich entscheiden, welche Produkte wie angebaut werden sollen und welche Investitionen in Material notwendig sind. So hat die Solawi in Barenthin zum Beispiel dieses Jahr entschieden, dass der Hof ein Bewässerungssystem braucht, welches nun aus den Mitgliedsbeiträgen finanziert wird. Im Wirtschafts- und Gesellschaftssystem der Bundesrepublik Deutschland wird viel Essen aussortiert und weggeworfen. Dieses Problem gibt es in den Solawis nicht. Egal wie klein, groß oder unförmig die Kartoffel ist, egal wie viele Arme die Petersilienwurzel oder welche Farbe die Karotte hat, es landet auf den Tellern der Mitglieder. Nichts geht wegen falschen Aussehens oder zu langer Fahrtwegen verloren.

Wann wächst der Feldsalat, wie lange hält sich Rote Bete?

Die Bewegung solidarische Landwirtschaft kritisiert am bestehenden System auch die Entfremdung zwischen Mensch und Nahrungsmitteln. Die Lebensmittelproduktion läuft marktorientiert und ohne Bezug zu den KonsumentInnen und ihren Bedürfnissen. Die KonsumentInnen haben kaum eine Vorstellung von den Produktionsumständen, der Arbeit der LandwirtInnen und kennen die wirklichen Kosten der Landwirtschaft nicht. Auch die Bedürfnisse und Kapazitäten der ProduzentInnen finden keinen Raum im derzeitigen Wirtschaftssystem. Sie müssen sich selbst und ihre Böden ausbeuten, um Nahrungsmittel möglichst billig und marktkonform zu produzieren. Durch den gegenseitigen Austausch bekommen die LandwirtInnen und Mitglieder der Solawi eine bessere Vorstellung von den Bedürfnissen und Erfahrungen der anderen. Gerade StadtbewohnerInnen lernen die Region, in der sie leben, noch mal ganz anders kennen. Sie lernen, wie lange Kohl und Rote Bete lagerbar sind, wie groß die Kürbisse werden und wie früh im Jahr schon Feldsalat wächst, um nur einige Beispiele zu nennen. Dass die Landwirtschaft immer

mehr zu einer grenzüberschreitenden Industrie wird, befördert die Entfremdung. So durchläuft selbst eine Biotomate nach ihrem Anbau in Südspanien verschiedene Stationen, um verpackt, verladen, kontrolliert und sortiert zu werden, bevor Kunden sie am Biostand auf dem Markt kaufen können. Doch leider ist selbst diese Biotomate immer noch nicht die Norm. Nur 5,4 Prozent des Ackerlands in der EU werden für biologischen Anbau genutzt. Auch wenn die Reform der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP)⁽¹⁾ zumindest ansatzweise mehr biologischen Anbau fördert, gibt es hier noch viel zu tun. So sind Solawis oft kleinbäuerliche Betriebe und auch wenn diese durch die EU-Agrarreform besser gefördert werden sollen, sind sie oft besonders in ihrer Existenz bedroht und werden politisch und wirtschaftlich wenig unterstützt. Doch gerade für Ernährungssouveränität und eine nachhaltige Gesellschaft sind klein-

bäuerliche Betriebe besonders wichtig. Durch die feste Finanzierung durch die KonsumentInnen werden die Höfe in einer Solawi wirtschaftlich unabhängiger. So kann nachhaltige Landwirtschaft zunächst auch mit geringer politischer Unterstützung praktiziert werden.

Zunächst ist es eine Umstellung, Nahrungsmittel über eine Solawi zu beziehen. Man könnte meinen, Gemüse nur einmal wöchentlich innerhalb von 24 Stunden abzuholen und keine Auswahl zu haben, fühle sich unfrei an. Doch die Fülle an Formen, Farben und Geschmäckern der wöchentlichen Gemüseportion macht das allemal wett. Durch den intensiven Geschmack von eigentlich relativ unspektakulärem Gemüse wie Kartoffeln oder Tomaten, dem Rest Brandenburger Erde, der noch an den Pastinaken klebt, und das Wissen, wo und von wem der Grünkohl geerntet wurde, fühlt man eine ganz besondere Verbindung zu seinem täglichen Essen. Wer unsicher ist, wie praktikabel so eine Umstellung ist und welchen Nutzen sie bringt, kann sich auf der Solawi-Website (siehe Kasten) kundig machen. Die Umstellung lohnt sich. Man erhält besonders nachhaltige Lebensmittel, denen man sich verbunden fühlt, und ist Teil einer Bewegung, die nicht nur eine neue Form der Landwirtschaft fordert, sondern sie auch umsetzt.

Solawi-Höfe in Deutschland

Quer durch die Republik gibt es mindestens 50 Solawis, vom Wendland bis nach Bayern, von Aachen bis zur Sächsischen Schweiz. Laut dem Netzwerk Solidarische Landwirtschaft befinden sich mindestens 50 weitere Solawis in Gründung. Weltweit bestehen auch Gemeinschaften in den USA, Kanada, Japan, Frankreich und vielen anderen Ländern.

- www.solidarische-landwirtschaft.org/de/mitmachen/eine-solawi-finden

Wie bekommt man Kontakt zu einer Solawi oder einem Bauern? Hier hilft das Netzwerk Solidarische Landwirtschaft, auf deren Website man nicht nur eine Liste existierender Solawis in ganz Deutschland findet, sondern auch Tipps und Unterstützung für die Gründung einer Solawi für BäuerInnen und KonsumentInnen.

- www.solidarische-landwirtschaft.org/de/das-netzwerk/beratung

Anmerkungen

- (1) www.ec.europa.eu/agriculture/organic/index_de.htm

Elena Hofmann absolviert den Masterstudiengang Internationale Beziehungen und arbeitet am Ecologic Institut in Berlin, einem Thinktank für europäische Umweltpolitikberatung. Sie ist seit 2012 bei verschiedenen Solawis Mitglied gewesen.

Kontakt:
Tel. +49 (0)33972 / 41458
E-Mail: elenah@posteo.de,
oekohof-waldgarten@gmx.de,
www.solidarische-landwirtschaft.org



Klimawandel

Vom Unwetter zur Katastrophe

Die Erderwärmung hat sich nicht verlangsamt, sie ist lediglich verzögert

Die Eisschmelze hat global dramatisch zugenommen. Die veränderte atmosphärische Zirkulation der nördlichen Hemisphäre könnte sich weiter beschleunigen. Der Temperatenausgleich zwischen Arktis und Subtropen scheint in vollem Gange. Im weiteren Verlauf der Erderwärmung ist mit mehreren Temperatursprüngen zu rechnen, die katastrophale Auswirkungen haben werden. ■ VON JÜRGEN TALLIG

Im 5. Sachstandsbericht veröffentlichte der Weltklimarat (IPCC) 2013 erstmals Zahlen über die weltweite Eisschmelze und deren Beschleunigung.⁽¹⁾ Es sind erschreckende Zahlen. Vor allem wegen der exponentiellen Wachstumsraten, mit denen sich der Prozess beschleunigt. Eine Verdreifachung der abschmelzenden Eismasse in zehn Jahren bedeutet eine Zunahme um 30 Prozent pro Jahr, alle drei Jahre eine Verdopplung. Die Gletscherschmelze hat sich zwischen 1993 und 2009 von 140 auf 410 Gigatonnen (Gt) – das sind Milliarden Tonnen – pro Jahr fast verdreifacht. Die Fläche des arktischen Meereises im Sommer schrumpft beschleunigt weiter, inzwischen (Stand: 2012) jedes Jahrzehnt um 13,6 Prozent. Experten der US-amerikanischen nationalen Luft- und Raumfahrtbehörde NASA gehen sogar davon aus, dass die Arktis schon in fünf Jahren im Sommer eisfrei sein könnte.

Die Eisdecke wird immer dünner

Das grönländische Eis schmilzt gleichfalls stark beschleunigt. Zwischen 2001 und 2011 erhöhte sich die Schmelzrate von 74 auf 274 Gt/Jahr, das ist fast eine Vervierfachung in einem Jahrzehnt und entspricht einer Wassermenge, die achtmal den Bodensee füllt. Auch der antarktische Eisschild (Westantarktis) schmilzt immer schneller. Zwischen 2002 und 2011 erhöhte sich der Eisverlust von 72 auf 221 Gt/Jahr, und die Eisdecke wurde pro Jahr etwa zehn Meter dünner. Bereits 2006 bezifferte der Geophysiker Eric Rignot von der University of California die Verluste beider Eisschilde auf 475 Milliarden Tonnen. Bekanntlich unterliegt der IPCC politischer Einflussnahme und

die veröffentlichten Einschätzungen sind eher konservativ und vorsichtig. Es könnte also auch noch schlimmer kommen. Im Juli 2012 hatte es über Grönland innerhalb von vier Tagen eine großflächige Erwärmung gegeben, sodass fast die gesamte Oberfläche von Schmelzvorgängen betroffen war. Aber auch wenn die Beschleunigung der Schmelzprozesse „nur“ im selben Tempo weitergeht, also mit einem exponentiellen Wachstum von 30 Prozent pro Jahr, kann man sich ausrechnen, wann die Eisschilde abgeschmolzen sein werden. Nämlich nicht erst in ein paar Tausend Jahren, sondern noch in diesem Jahrhundert. Es könnte allerdings auch zu sprunghaften Beschleunigungen der Erwärmung der Arktis und des Abschmelzens des grönländischen Eisschildes kommen.

Jahreszeiten verlieren an Bedeutung

Eine mögliche Ursache dafür ist das Verschwinden des arktischen Meereises. Durch die veränderte Albedo, also das Rückstrahlungsvermögen von nicht selbstleuchtenden Oberflächen wie Schnee und Eis, ist eine Art zusätzliche Heizung in Betrieb. Es werden nicht mehr 80-90 Prozent der Wärmeeinstrahlung durch Eis und Schnee reflektiert, sondern das Meerwasser nimmt 80-90 Prozent der Wärme auf und speichert sie, wodurch wiederum das Zufrieren im Winter noch später erfolgt und die Eisschicht dünner wird. Es gibt noch weitere „Beschleuniger“ der arktischen Erwärmung: Zum einen die plötzliche Stratosphärenenerwärmung, die mit steigender CO₂-Konzentration immer häufiger auftritt und einen Zusammenbruch des Polarwirbels zur Folge hat. Zum anderen eine grundlegend veränderte atmosphäri-

sche Zirkulation auf der Nordhalbkugel.⁽²⁾ Die Analyse ist durch den Wetter- und Klimaverlauf des letzten Jahres grundsätzlich bestätigt worden. Man kann heute mit ziemlicher Sicherheit sagen: Die jahreszeit-typischen Witterungsverläufe und Temperaturen werden durch die jeweilige atmosphärische Strömungsrichtung weitgehend verändert – entweder überlagert oder erheblich verstärkt. Das heißt: Entscheidend ist nicht mehr die Jahreszeit allein, sondern vor allem, woher die Luftmassen kommen, aus Süd oder Nord, und ob sie warm oder kalt sind.

In Nordamerika wurden die neuen Abläufe der atmosphärischen Zirkulation im vergangenen Winter besonders deutlich: Es gab mehrfach extreme Polarluftvorstöße an der Ostküste bis nach Florida und in den Golf von Mexiko und mehrfach extreme Temperatursprünge von bis zu 40 Grad Celsius (°C) in wenigen Tagen, wenn die Strömung wieder auf Süd drehte. Gleichzeitig gelangte mit einer Süd-Nord-Strömung extrem milde Luft entlang der Westküste bis nach Alaska und darüber hinaus. Solche Strömungen entlang der Längengrade (Meridiane) nennt man meridional. Wenn sich die Zirkulationen zweier starker Druckgebiete ergänzen und verstärken, kann eine enorme Sogwirkung entstehen. An der Ostküste gab es eine gigantische Kältepumpe aus Nordatlantik-tief und Kanadahoch, an der Westküste eine Wärmepumpe zwischen Kanadahoch und Pazifik-tief. Die Befürchtung, dass die Erwärmung der Arktis sich noch beschleunigen könnte, wenn Polarwirbel und Westwinddrift die kalte Luft nur noch eingeschränkt zurückhalten, muss wohl ergänzt werden um die Bedingung:

wenn subtropische Warmluft ungehindert in die Polarregionen vordringen kann. Das passiert jetzt immer häufiger.

Mix aus arktischer und subtropischer Luft

Auch in Europa herrschte dieses Nebeneinander von Wetter- und Temperaturextremen. So gab es einen Polarluftvorstoß bis nach Israel und in die Türkei und teilweise extreme Temperatursprünge, etwa in Finnland nach einem Warmluftvorstoß aus Südwesten binnen zweier Tage von -55°C auf $+5^{\circ}\text{C}$. Immer öfter tauchen Luftmassen da auf, wo sie eigentlich nicht hingehören. Es gibt den Ansatz, die Extreme mit einem stark geschwächten Polarfrontjetstream zu erklären oder mit einem nach Süden verschobenen Polarwirbel. Dass diese Phänomene bis zum Golf von Mexiko reichen, hatte kein Experte vermutet. Fest steht, dass der Polarwirbel immer öfter durch die Stratosphärenenerwärmung regelrecht zusammenbricht und mit ihm die gesamte atmosphärische Zirkulation der Nordhalbkugel. Die Luftmassengrenze zwischen Arktis und Subtropen ist instabil geworden und kollabiert häufiger. Dadurch erfolgt die direkte Vermischung der zwei Luftmassen.

Starke Druckgebiete dominieren jetzt das Wettergeschehen und die Strömungsverläufe, nicht mehr die Westwinddrift und ein mäandernder Jetstream. Die Interaktion zwischen den Druckgebieten ist der Schlüssel zum Verständnis der Wetterabläufe. Wo sie stehen und wie sie zueinanderstehen, entscheiden die Strömungsrichtungen, die sich jetzt extrem kurzfristig ändern, mit ständigen Luftmassenwechseln und Temperatursprüngen. Die alten Strömungsverläufe und das alte Wetter gibt es nur noch in den Computermodellen der Meteorologen und Klimawissenschaftler. Wenn Druckgebiete heute dort stehen, wo sie sich früher entwickelten – zum Beispiel das Azorenhoch und das Islandtief –, so ist das vielleicht nur noch eine zufällige zeitweise Übereinstimmung. Das bedeutet aber nicht nur chaotische Wetterverläufe mit häufigeren abrupten Wechseln und Temperatursprüngen sowie Unwettern und noch schlimmeren Überschwemmungen, sondern vor allem den

beschleunigten ungehinderten Ausgleich von Temperaturunterschieden zwischen den Luftmassen. Dieser hat eine noch mal beschleunigte Erwärmung der Arktis und der gesamten Polarregion einschließlich Grönlands zur Folge. Der Klimawandel hat damit möglicherweise einen Punkt erreicht, ab dem sich Eisschmelze und Meeresspiegelanstieg noch einmal erheblich beschleunigen könnten. Es müssen wohl nicht nur die Lehrbücher der Meteorologie neu geschrieben werden, sondern auch die Klimamodelle bedürfen erheblicher Modifizierung, wie Vladimir Semenov vom Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung in Kiel (GEOMAR)⁽³⁾ eruierte. Angesichts dieser dramatischen Entwicklung stellt sich die Frage, was es mit der angeblich verlangsamten Erderwärmung auf sich hat.

Ozeane und Eis puffern Temperaturanstieg

In der deutschen Zusammenfassung des IPCC-Berichts ist zu lesen, „der Anstieg der globalen Mitteltemperatur habe sich in den vergangenen 15 Jahren verlangsamt, und die Gründe dafür seien noch nicht abschließend geklärt“. Diese Interpretation des Berichts ist nicht korrekt. Der 5. Bericht nennt eine Erhöhung der globalen Oberflächentemperatur gegenüber der vorindustriellen Zeit von $1,06^{\circ}\text{C}$ für 2012, im 4. Sachstandsbericht sind noch $0,92^{\circ}\text{C}$ für 2005 angegeben. Es gab also einen Anstieg von $0,14^{\circ}\text{C}$ in sieben Jahren! Der 3. Bericht nennt für den Zeitraum bis 2000 noch einen durchschnittlichen Anstieg von $0,1^{\circ}\text{C}$ pro Dekade. Von einer Verlangsamung des Temperaturanstiegs kann also nicht die Rede sein. Es gibt allerdings im 5. Bericht eine möglicherweise irreführende Trendberechnung für einen Zeitraum von 15 Jahren – die war von den Wissenschaftlern aber als Beispiel dafür gedacht, wie sehr Einzelereignisse am Beginn oder Ende eines Zeitraums einen Trend verfälschen können. 1998 war das absolut wärmste Jahr der 90-er, aufgrund eines extrem starken El-Niño-Ereignisses, also einer starken Erwärmung des tropischen Pazifiks. Wählt man dieses Jahr als Ausgangspunkt zur Darstellung einer Tendenz, dann ist die Normalisierung danach eine Verlangsamung der Erwärmung

und rechnet man diese „Verlangsamung“ mit der Zunahme der Erwärmung in den letzten zehn Jahren gegen, ergibt sich insgesamt eine Verlangsamung. Dieses Beispiel der Wissenschaftler wurde von Teilen der Politik und Medien begierig aufgegriffen und als Hauptergebnis des Berichts verkündet.

Würden Ozeane und Eis nicht so viel Wärme aufnehmen, hätten wir längst eine sehr viel höhere Atmosphärentemperatur. Jeder kann dies mit einem kleinen Experiment nachvollziehen, indem er das Abtauen eines Eisfachs mittels regelmäßiger Wärmezufuhr – Schüsseln mit warmem Wasser – mit Thermometer und Uhr dokumentiert. Mehrere Stunden erhöht sich die Lufttemperatur im Fach nicht, die zugeführte Wärme wird vollständig vom Eis aufgenommen, es gibt sogar eine leichte Abkühlung aufgrund der entstehenden Verdunstungskälte. Der Effekt der Verdunstungskälte dürfte auch global den Erwärmungseffekt noch mildern. Im Eisfach beginnt erst nach einigen Stunden das große Tauen. Das Eis hat so viel Wärme aufgenommen, dass es zu schmelzen beginnt. Und genau zu diesem Zeitpunkt gibt es eine kleine Überraschung, eine Temperaturerhöhung der Luft im Fach um acht Grad, da das Eis keine weitere Wärme mehr aufnehmen kann. Mit Temperatursprüngen ist auch global zu rechnen, wenn die Puffer aus Eis aufgebraucht sein werden.

Anmerkungen

- ▶ (1) IPCC, 5. Sachstandsbericht, Teilbericht 1, 2013: www.de-ipcc.de/de/200.php
- ▶ (2) umwelt aktuell 07.2013, S. 4)
- ▶ (3) Semenov, Vladimir: Arctic warming favours extremes, 2012

Der Ingenieur und Politikwissenschaftler Jürgen Tallig beschäftigt sich seit Jahrzehnten mit dem Klimawandel. Er engagiert sich unter anderem bei der Grünen Liga.

Kontakt:
Tel. +49 (0)30 / 92409832
E-Mail: tall.j@web.de



Gewässermanagement

Der Lachs im Rhein – Rückkehr mit Hindernissen

Freischwimmen vom Rheindelta in den Niederlanden bis zum Rheinfall in der Schweiz

Salmon Comeback – so heißt eine internationale Initiative zur Wiederansiedlung der Wanderfische im Rheineinzugsgebiet. Das Ziel der Kampagne unter der Federführung des European Rivers Network: Bis 2020 sollen Lachse und andere Wanderfische Basel wieder erreichen können. Auf dem Weg dahin müssen aber noch zahlreiche Hürden überwunden werden. ■ VON JÖRG LANGE, BEOBACHTER INTERNATIONALE KOMMISSION ZUM SCHUTZ DES RHEINS

Noch vor hundert Jahren war der Rhein der bedeutendste Lachsfloss Europas. Jahr um Jahr kehrten etwa eine Million Lachse von ihrer langen Reise nach Grönland zurück in die Rheinzuflüsse im Schwarzwald, im Elsass und in den Schweizer Alpen. In den fünfziger Jahren starb der Rheinlachs (*Salmo salar*) dann wegen der katastrophalen Wasserqualität und dem Bau von Staudämmen aus. Nicht zuletzt dem Engagement der Umweltverbände am Rhein ist zu verdanken, dass die Internationale Kommission zum Schutz des Rheins (IKSR) erfreulicherweise 1991 beschloss, den Lachs und andere Wanderfische wieder anzusiedeln. Das Wanderfischprogramm der Internationalen Kommission zum Schutz des Rheins sieht vor, dass der Lachs bis spätestens 2020 Basel erreichen soll. Bis dahin gilt es den Fischen noch einige Hindernisse aus dem Weg zu räumen.

Ausgestorben und wieder zurück

Bereits in den Niederlanden können die von Grönland zurückkehrenden Lachse nur schwerlich in den Rhein zurückfinden. Riesige Tore versperren ihnen den Weg. Die Niederlande schützen sich mit diesen Toren – den Haringvliet-Schleusen⁽¹⁾ – gegen die Meeresfluten. Nur wenige rückkehrende Fische gelangen über „Schleichwege“, wie zum Beispiel den Rotterdamer Hafen, in den Rhein. Ähnlich mühsam ist es für die Jungfische, die vom Rhein ins Meer schwimmen wollen.

Die niederländische Regierung hat im Jahr 2013 auf internationalen Druck hin angekündigt, dass sie einige Schleusen im Haringvliet ab dem Jahre 2018 absenken

wird, um den Fischen die Migration zu erleichtern.

An verschiedenen Rheinzufüssen wurden inzwischen Lachszuchtanlagen gebaut, um einen regelmäßigen Besatz der Zuflüsse zu garantieren. Da es den Ur-Rheinlachs genetisch nicht mehr gibt, setzt man Lachseier ein, und zwar am Oberrhein welche, die von der Loire stammen und am Mittel- und Niederrhein welche aus dem schwedischen Fluss Ätran. Eine kleine Anzahl dieser eingesetzten Lachse kehrt inzwischen

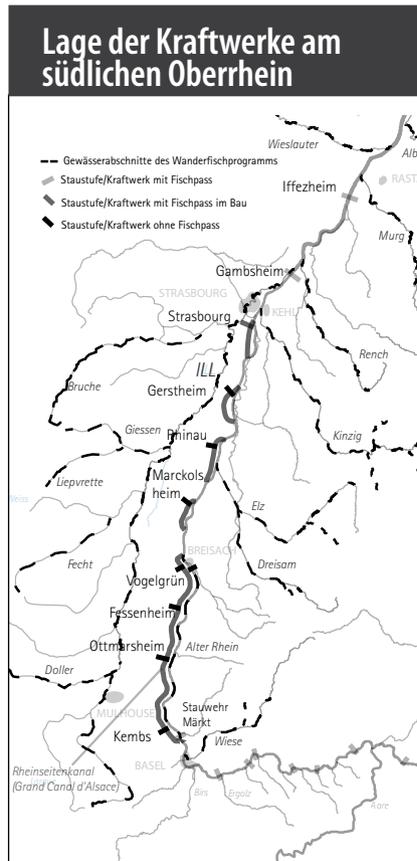
regelmäßig zurück, allerdings nur in den nördlichen Teil des Rheins und in einige Zuflüssen zwischen Rotterdam und Iffezheim (südlich von Karlsruhe).

Seit dem Einbau von Fischtreppe in den Kraftwerken Iffezheim und Gamsheim steigen manche Lachse sogar schon bis Straßburg auf. Unter einer Fischtreppe – auch Fischweg oder Fischpass genannt – versteht man eine wasserbauliche Anlage, die den Fischen auf die Sprünge helfen soll. In Straßburg findet dann aber die Wanderung der Lachse ein jähes Ende. Die zehn Meter hohen Wehre acht weiterer Kraftwerke im Besitz des staatlichen Atomenergiekonzerns Electricité de France (EDF) versperren Fischen noch immer den Weg in ihre ehemaligen Laichgebiete im Schwarzwald und in der Schweiz. Von den Zählungen der Fischpässe bei Iffezheim und Gamsheim weiß man, dass jährlich bis zu 60.000 Fische diese Wanderungshilfe nutzen.

Frankreich und die EDF als Verursacher müssen handeln

Eine breite internationale Koalition von Umwelt- und Fischereiorganisationen hat Frankreich und die Electricité de France nun erneut aufgefordert, den Rhein bis Basel durchgängig zu machen. Bereits bei der Rheinministerkonferenz 2007 waren Frankreich und die EDF nur auf großen internationalen Druck hin bereit, den Bau eines Fischpasses am Kraftwerk Straßburg und den Planungsbeginn für einen weiteren Fischpass des Kraftwerks Gerstheim bis 2016 zuzusagen.

Wann und wie die verbleibenden sechs Kraftwerke im Oberrhein für die Fische



überwindbar werden, bleibt weiterhin unklar. Insbesondere für die Herstellung der Durchgängigkeit am EDF-Kraftwerk Vogelgrün bei Breisach ist noch keine Lösung eines geeigneten Fischpasses gefunden. An diesem Wehr sollen die Lachse nicht nur das Wehr überwinden, sondern auch gleichzeitig noch in den Alten Rhein zwischen Weil und Breisach – auch Restrhein genannt – umgeleitet werden, denn nur dieser ist laut Experten im Gegensatz zum elsässischen Kanal für das Laichen der Lachse geeignet.

Auf der Rheinministerkonferenz Ende Oktober 2013 in Basel hat der französische Wasserdirektor Laurent de Roy dennoch eine Lösung angekündigt, wie der Lachs trotz fehlender Fischpässe Basel bis 2020 erreichen könnte. Mitte März 2014 haben sich dann über 20 Vertreter von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) aus der Schweiz, Frankreich, Deutschland und den Niederlanden von der EDF in Straßburg erläutern lassen, wie diese Lösung aussehen soll.

Um den Lachs nicht noch länger bei seinem Aufstieg zu behindern, will die EDF die Lachse und gegebenenfalls auch andere (Wander-)Fische zum Beispiel unterhalb der Staustufe des Kraftwerks Vogelgrün einfangen und dann mit einem Schiff in den Altrhein zwischen Weil und Breisach bringen. Die Umweltverbände sind sich

einig, dass der Transport per Schiff allenfalls eine vorübergehende Lösung sein kann. Die NGOs sind unzufrieden mit dem Ausgang des Treffens, da die EDF auf viele Detailfragen noch keine Antworten geben konnte. So möchte sie auch den Bau weiterer Fischpässe in Rhinau und Marckolsheim so lange auf die lange Bank schieben, bis eine Lösung für Vogelgrün gefunden ist. Auch von der Schaffung der Durchgängigkeit in den Altrheinschlingen, wie sie im Masterplan Wanderfische vorgesehen ist, war keine Rede mehr. Die NGOs wollen der EDF einen detaillierten Fragenkatalog überreichen und sich noch mal treffen. Einig ist sich die internationale Koalition von Umwelt- und Fischereierorganisationen darin, dass nach dem Verursacherprinzip Frankreich als Nutznießer der Wasserkraft zügig handeln muss, um die Durchgängigkeit für die Fische im Rhein wiederherzustellen.

Die Rheinzuflüsse in der Schweiz und im Schwarzwald erwarten Lachs & Co

Im Herbst 2014 plant die Internationale Rheinschutzkommission ein Seminar, bei dem es ebenfalls um die Frage gehen wird, wie Frankreich sein Versprechen einlösen will, den Weg für die Wanderfische bis Basel frei zu machen und welche weiteren Schritte zur Durchgängigkeit bei

Vogelgrün geplant sind. In den Schweizer Gewässern und im Schwarzwald sind in den vergangenen Jahren viele Millionen Euro in die Verbesserung der Durchgängigkeit der Rheinzuflüsse geflossen. Hunderte von kleinen und mittelgroßen Hindernissen wurden abgebrochen und viele Kraftwerke umgestaltet, um die Lebensräume der Fließgewässer zu verbessern und den Fischen die Migration zu erleichtern. Diese Flüsse sind bereit Lachs & Co zu empfangen.

Anmerkungen

- ▶ (1) www.rws.nl/water/plannen_en_projecten/vaarwegen/haringvliet/haringvlietsluizen/video/index.aspx
- ▶ www.salmoncomeback.org
- ▶ www.lksr.org
- ▶ www.wfbw.de

Der Biologe Jörg Lange ist Mitglied im Arbeitskreis des Bundesverbands Bürgerinitiativen Umweltschutz. An der Internationalen Kommission zum Schutz des Rheins nimmt er als Beobachter teil.

Kontakt:
Tel. +49 (0) 761 / 45687153,
E-Mail: lange@vauban.de,
www.akwasser.de



Nachhaltigkeit

A-Z



Z wie Zukunftsforschung

Antworten auf Zukunftsfragen sollen Wissenschaft und Forschung liefern, zu oft jedoch erreichen die Lösungen nicht die Adressaten in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft. Die deutsche Bundesregierung unterstützt die Arbeit der Wissenschaftler mit einer »Hightech-Strategie« – Steffi Ober zieht in ihrer Analyse des Vorhabens eine kritische Bilanz.

Steffi Ober

Partizipation in der Wissenschaft

Zum Verhältnis von Forschungspolitik und Zivilgesellschaft am Beispiel der Hightech-Strategie

114 Seiten, broschiert, 24,95 Euro, ISBN 978-3-86581-492-0

Erhältlich bei

www.oekom.de | oekom@verlegerdienst.de

Die guten Seiten der Zukunft



ABFALL, CHEMIE & EMISSIONEN

Recyclingziele**Schlechte Aussichten bei Bau und Abriss**

■ Nicht alle EU-Mitgliedstaaten werden das EU-Ziel, bis 2020 70 Prozent der Abfälle im Bau- und Abrissbereich zu recyceln, erreichen. Das geht aus einer Studie des Marktforschungsinstituts Frost & Sullivan hervor. Demnach wird der Schutt beim Bau und Abriss in der EU bis 2020 um 26 Prozent im Vergleich zu 2012 ansteigen. Zwar würde auch die Recyclingrate von Bauschutt EU-weit um etwa fünf Prozent pro Jahr steigen, dies reiche jedoch nicht überall zur Einhaltung des EU-Ziels.

Im EU-Durchschnitt wurden den AutorInnen der Studie zufolge 2012 62 Prozent des Bauschutts recycelt. Den höchsten Anteil erzielten demnach Deutschland mit 72 Prozent und die Beneluxstaaten mit 68 Prozent. Auf der Iberischen Halbinsel indes lag die Rate nur bei 38 Prozent. Die AutorInnen weisen darauf hin, dass vor allem einige Staaten in Skandinavien, Süd- und Osteuropa Gefahr laufen, das Ziel zu verfehlen. [ej]

► Mitteilung von Frost & Sullivan:
www.kurzlink.de/frostsullivan05-2014

Abfall**Auch Meilen unter dem Meer**

■ WissenschaftlerInnen von der Universität der Azoren haben die europäischen Meere systematisch nach Müll abgesucht. Das Ergebnis: Es gibt keinen sauberen Meeresboden mehr. Zivilisationsmüll ist bis in Tiefseeegräben von 4.500 Meter Tiefe nachweisbar. 40 Prozent der gefundenen Abfälle waren aus Plastik. Für die Anfang Mai veröffentlichte Studie entnahmen die WissenschaftlerInnen Bodenproben an 32 Stellen in den euro-

päischen Meeren. Auch rund 600 Bilder und Videos von TaucherInnen flossen in die Untersuchungen mit ein. [rp]

► Zur Studie (engl.):
www.kurzlink.de/marinelittereuseas14

Verpackungsverordnung**Regierung will Schlupflöcher schließen**

■ Das Duale System verpflichtet Industrie und Handel dazu, sich an der Entsorgung von gebrauchten Verpackungen zu beteiligen. Diese Praxis steckt aber in der Krise: Zahlreiche Unternehmen nutzen Schwachstellen in der geltenden Gesetzgebung, um Kosten zu sparen. Ende April beschloss das Bundeskabinett daher die siebte Novelle der Verpackungsverordnung, um bestehende Schlupflöcher zu schließen.

Eigentlich müssen Hersteller eine Lizenzgebühr an das Duale System zahlen, um Entsorgung und Verwertung der Verpackungen zu finanzieren. Im Gegenzug werden die Verpackungen mit dem Grünen Punkt gekennzeichnet. Zuletzt haben Unternehmen aber immer größere Mengen an Verpackungen dieser Lizenzierungspflicht entzogen. Individuelle Branchenlösungen und Eigenrücknahme durch Unternehmen machen das möglich.

Dem soll die neue Verpackungsordnung jetzt entgegenwirken: Die Möglichkeit zur Eigenrücknahme wird gestrichen und für Branchenlösungen gelten künftig strengere Anforderungen. Einrichtungen wie Kantinen, Hotels, Freizeitparks oder Kinos können auch künftig eigene Rücknahmesysteme einführen, sofern sie die Verpackungsrücknahme genau dokumentieren.

Der Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft (BDE) begrüßte den Kabinettsbeschluss. Dieser sei geeignet, das System der Produktverantwortung zu stabilisieren. Dennoch brauche es auch Anstrengungen der Wirtschaft, um wieder Akzeptanz für das Duale System zu schaffen. [dh]

► 7. Novelle zur Änderung der Verpackungsverordnung (PDF):
www.kurzlink.de/7-novelle-verpackvo

Chemikalienverbot**Frische Luft bald nicht mehr giftig?**

■ Hersteller von Haushaltsprodukten verarbeiten immer noch gesundheitsschädliche Chemikalien, obwohl es für viele längst ungefährlichere und günstigere Alternativen gibt. Ein Beispiel: Paradichlorbenzol in Lüfterfrischern. Ab Juni 2015 soll die krebs-erregende und umweltschädliche Benzolverbindung nun aber verboten werden.

Rund 800 Tonnen Paradichlorbenzol werden jedes Jahr vor allem in WC-Duftsteinen oder Raumdeos verwendet. Zwar ist der Paradichlorbenzol-Verbrauch insgesamt leicht rückläufig, aus Sicht der Europäischen Chemikalienagentur (ECHA) und der EU-Kommission machen Gesundheitsrisiken für VerbraucherInnen und Reinigungskräfte ein Verbot dennoch erforderlich.

Das Verbot von Paradichlorbenzol in Haushaltsprodukten unter Annex XVII der europäischen Chemikalienverordnung (REACH) gilt für Konzentrationen über ein Prozent des Produktgewichts. Auch Beschränkungen für das Lösungsmittel N-Methyl-2-pyrrolidone, das vor allem in Reinigungsmitteln verwendet wird, sowie für die Verwendung von Cadmium in Farben und Nonylphenolethoxylyate in Textilien stehen derzeit zur Diskussion. [dh]

► EU-Gesetzesblatt (engl., PDF):
www.kurzlink.de/offjournal-eu9-05-14

PCB-Altlasten**DNR sieht Bayer in der Pflicht**

■ Auf der Jahreshauptversammlung der Bayer AG Ende April hat DNR-Generalsekretär Helmut Röscheisen den Konzern aufgefordert, die Inventarisierung und Beseitigung von Baustoffen, die mit Polychlo-

rierten Biphenylen (PCB) belastet sind, zu finanzieren. In den 1960er- und 1970er-Jahren wurden rund 20.000 Tonnen PCB in Fugenverdichtungsmassen verbaut, die vermutlich heute noch in öffentlichen Gebäuden stecken. „Die Bayer AG steht als Hersteller dieser Produkte in der Pflicht, die dadurch verursachten Schäden zu begrenzen“, sagte Röscheisen. Seit 1989 ist PCB verboten, da es als krebserzeugend gilt und das Hormon- und Nervensystem der Menschen schädigen kann. [rp, dh]

- ▶ Helmut Röscheisen, DNR-Generalsekretär,
Tel. +49 (0)30 / 6781775-80,
E-Mail: helmut.roescheisen@dnr.de, www.dnr.de
- ▶ Rede im Wortlaut:
www.cbgnetwork.org/5634.html

Chemie in Textilien

Schmutziges Spiel

■ Kurz vor der Fußballweltmeisterschaft in Brasilien haben Fußballkollektionen großer Sportartikelhersteller Hochkonjunktur. Aber: Fußballfans aufgepasst – viele Fußballartikel sind mit gefährlichen perfluorierten Chemikalien (PFC) verunreinigt. Das ist das Ergebnis einer Untersuchung der Umweltorganisation Greenpeace. Die Umweltschützer testeten insgesamt 33 Produkte wie T-Shirts, Torwarthandschuhe, Fußballschuhe und Fußbälle. PFC gelten als giftig und können Auswirkung auf die Fortpflanzung haben. Dennoch sehen die Greenpeace-ExpertInnen keine direkten Gefahren für die VerbraucherInnen. Weit aus größer seien die Gefahren für Menschen und Umwelt in den Produktionsländern. [dh]

- ▶ www.greenpeace.de/kampagnen/detox

Emissionen

Ungesunde Stadtluft

■ Städter atmen zu 90 Prozent gesundheitsschädliche Luft. Zu diesem Ergebnis kommt eine Anfang Mai vorgestellte

Analyse der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Von 2008 bis 2013 überprüfte die WHO hierfür die Luftqualität in 1600 Städten aus 91 Ländern. Am dreckigsten ist die Luft in Delhi. Die durchschnittliche jährliche Belastung mit Luftschadstoffen liegt hier bei 153 Mikrogramm pro Kubikmeter. In Deutschland hat Berlin die höchste Schadstoffbelastung mit durchschnittlich 20 Mikrogramm pro Kubikmeter. Als Ursachen nennt die WHO Autoabgase und die Verbrennung von fossilen Brennstoffen. [rp, dh]

- ▶ www.who.int/mediacentre/news/releases/2014/air-quality/en/

Emissionsgrenzwerte

Deutschland und Frankreich treten auf die Bremse

■ Im Dezember 2013 hatte die EU-Kommission ein Maßnahmenpaket zur Verbesserung der Luftqualität in Europa vorgestellt. Darin enthalten war auch ein Richtlinienvorschlag zur Verringerung der Verschmutzung durch mittelgroße Feuerungsanlagen mit einer Wärmeleistung bis 50 Megawatt. Das betrifft Kraftwerke für Straßenblöcke, große Gebäude oder kleine Industrieanlagen. Neben einer Registrierungspflicht für diese Anlagen will die Kommission auch Emissionsgrenzwerte für Schwefeldioxid, Stickstoffoxide und Feinstaub einführen.

Aus Deutschland und Frankreich kommt jetzt Kritik am Kommissionsvorschlag. Deutschland bemängelt die vorgeschlagenen Emissionsgrenzwerte als strikt und hält Schwefeldioxidgrenzwerte im Falle von fester Biomasse für unnötig, da hier kaum Schwefel freigesetzt werde. Auch Frankreichs Änderungsvorschläge zielen darauf ab, den Gesetzesvorschlag abzuschwächen. Aufgrund der geringen Größe der Anlagen gebe es keine Rechtfertigung für strenge Grenzwerte.

Auch die betroffene Industrie zeigte sich kritisch. So kommentierte der Bundesverband Bioenergie, dass der Richtli-

Essen, was man retten will

Sie gehören zu den Letzten ihrer Art: Viele alte Nutzierrassen wie das Angler Rind, das Bunte Bentheimer oder das Waldschaf sind vom Aussterben bedroht. Während die industrialisierte Landwirtschaft auf wenige Hochleistungsrassen setzt, verschwindet mit den alten Rassen die kulturelle und kulinarische Vielfalt.

Der Food-Journalist Jens Mecklenburg stellt 66 fast vergessene Nutztiere vor und informiert, wo man sie heute noch finden kann. Denn erst durch eine steigende Nachfrage beim Verbraucher wird es möglich sein, die Arten zu erhalten.

Jens Mecklenburg

Raritäten von der Weide

66 Nutztiere, die Sie kennenlernen sollten, bevor sie aussterben
ca. 208 Seiten, Hardcover, 18,95 Euro,
ISBN 978-3-86581-460-9

 oekom

Die guten Seiten der Zukunft

Erhältlich bei www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de



nienvorschlag eine „unverhältnismäßige Verschärfung der Emissionsgrenzwerte für den Biomasse-Sektor“ darstelle. Auch die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) sprach von „unrealistischen Grenzwerten“. Umwelt-NGOs weisen diese Kritik zurück. Die von der Kommission vorgeschlagenen Emissionsgrenzwerte lägen teilweise über den in Mitgliedstaaten bereits angewendeten Grenzwerten, erklärte das Air & Climate Secretariat. Außerdem sei die im Vorschlag enthaltene Ausnahmeregelung für Anlagen, die weniger als 500 Stunden pro Jahr in Betrieb sind, nicht akzeptabel. Auch die Umwelt- und Gesundheitsorganisation HEAL bemängelte den fehlenden Ehrgeiz bei der Festlegung der Emissionsgrenzwerte.

Die Richtlinie würde 143.000 Anlagen betreffen, die gegenwärtig in der EU in Betrieb sind. 2010 haben diese Anlagen über 550 Kilotonnen Stickstoffoxide, 300 Kilotonnen Schwefeldioxide und 53 Kilotonnen Feinstaub emittiert. Emissionen von größeren Feuerungsanlagen sind von der Richtlinie zu Industrieemissionen abgedeckt, Emissionen kleinerer Anlagen sollen bald von der Ökodesignrichtlinie abgedeckt werden. [lr]

► Richtlinienvorschlag (engl., PDF): www.kurzlink.de/ec-direc-com2013-919

GLOBALISIERUNG & EINE WELT

Unesco

Great Barrier Reef bald auf Roter Liste?

■ Der Ausbau des Kohlehafens Abbot Point an der ostaustralischen Küste bedroht das Great Barrier Reef. Etwa drei Millionen Kubikmeter Meeresboden sollen ausgehoben und im Korallenriff versenkt werden. Die Unesco befürchtet durch die Bauarbeiten Umweltschäden am Great Barrier Reef und forderte die australische Regierung auf, das Konzept für den Hafenausbau zu verbessern. Schon jetzt erwägt die Unesco, das Schutzgebiet auf die Liste der bedrohten Weltkulturerbestätten aufzunehmen. Im schlimmsten Fall könnte das Korallenriff seinen Weltkulturerbestatus verlieren.

Am Great Barrier Reef gibt es eine beeindruckende Artenvielfalt. Es ist das größte Korallenriff der Erde mit 400 unterschiedlichen Korallenarten und bietet beispielsweise 1.500 Fischarten und 5.000 Weichtierarten Lebensraum. [rp]

► whc.unesco.org/en/news/1099

Tag der Erde

Appell für globalen Umweltschutz

■ Am 22. April findet seit 1990 der internationale Tag der Erde statt, der vor allem die Wertschätzung für die Natur zum Thema hat. Den diesjährigen Welttag nutzte UN-Generalsekretär Ban Ki-moon für einen eindringlichen Appell an die Menschen, sich stärker für den Erhalt der Umwelt einzusetzen. Er forderte einen nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen und rief zu einer „globalen Transformation des Verhaltens und der Gewohnheiten“ auf. [dh]

► www.unric.org/de/uno-schlagzeilen/27280-22-april-tag-der-erde

Ausführliche Berichte und Hintergrundinformationen über Globalisierung & Eine Welt lesen Sie im vierteljährlichen Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung: www.forumue.de

Gut, sauber und fair.
Das Slow Food Magazin

Jetzt im Zeitschriftenhandel
oder im Abonnement unter
www.slow-food-magazin.de


Slow Food
Deutschland e.V.

Testen Sie
das Slow Food
Magazin
3 Ausgaben lang
im günstigen
Probeabo!



KLIMA & ENERGIE

Energiewende Polen**Mit halber Kraft voraus**

■ Ende April hat Polen seinen Energieplan für 2020 vorgestellt. Kernziel ist, den Energieverbrauch stark zu reduzieren und den Anteil der erneuerbaren Energien zu erhöhen. Gleichzeitig will die polnische Regierung aber auch die Atomenergie weiter ausbauen. So sollen die CO₂-Emissionen jährlich um bis zu 0,4 Prozent sinken und die Luftverschmutzung, etwa durch Blei und Cadmium, zurückgefahren werden. Derzeit stößt Polen europaweit die höchsten Mengen an Blei und Cadmium aus.

Um Europa unabhängig von russischem Gas zu machen, setzt sich der polnische Ministerpräsident Donald Tusk auch für eine Energieunion ein. Demnach sollen Energielieferverträge künftig von den EU-Staaten gemeinsam verhandelt, entsprechende Energieinfrastruktur aufgebaut, die Lieferbeziehungen zu Ländern wie die USA verbessert und „voller Gebrauch von Kohle und Fracking“ gemacht werden. Außerdem sollten sich die Mitgliedstaaten im Falle eines Lieferstopps durch Russland mit ihren Reserven unterstützen.

Trotzdem will das Land bei den EU-Verhandlungen um neue Klimaziele weder eine stärkere Reduzierung der Treibhausgase noch verbindliche Ziele für Energieeffizienz und erneuerbare Energien in Betracht ziehen. Dabei könnte ein höheres Klimaziel laut Impact Assessment der EU-Kommission die Gasimporte deutlich reduzieren. [sl]

► www.premier.gov.pl

Emissionshandel**Unternehmen freuen sich über kostenlose Zertifikate**

■ Die EU-Kommission hat Anfang Mai ihren Vorschlag für die neue Carbon Leakage-Liste für die Handelsperiode von

2015 bis 2019 veröffentlicht. In dieser Liste stehen alle Sektoren, die nach Ansicht der Behörde von der möglichen Verlagerung CO₂-intensiver Produktion ins Ausland betroffen sind.

Unternehmen in diesen Sektoren bekommen deshalb einen Teil ihrer Emissionszertifikate kostenfrei. Bei ihren Berechnungen für die Liste legte die Kommission erneut einen CO₂-Preis von 30 Euro pro Tonne zugrunde – entgegen der Meinung ihrer eigenen Berater, die eine neue, realistischere Berechnung des CO₂-Preises gefordert hatten. Der Preis für eine Tonne CO₂ im EU-Emissionshandel pendelt aktuell um fünf Euro. Umweltverbände fordern deshalb sowohl Beschränkung auf wenige, wirklich von Abwanderung bedrohte Sektoren als auch einen geringeren CO₂-Preis als Berechnungsgrundlage. ExpertInnen aus den Mitgliedstaaten müssen die Liste noch absegnen, bevor sie bindend wird. [am]

► www.ec.europa.eu/clima/policies/ets/cap/leakage/docs/20140502_decision_en.pdf

Emissionshandel II**Neue Regeln für Carbon Leakage nach 2020**

■ Die Europäische Kommission prüft derzeit, wie Carbon Leakage nach 2020 vermieden werden kann. Carbon Leakage bezeichnet das Abwandern CO₂-intensiver Produktion ins Ausland. Noch bis zum 31. Juli hat die EU-Kommission eine öffentliche Konsultation hierzu geschaltet.

Sie will wissen, ob es harmonisierte Regeln für Kompensationen an die Industrie für höhere Energiekosten geben soll und wie viel CO₂-Zertifikate künftig frei gegeben werden sollen. Derzeit erhält die Industrie 45 Prozent der Emissionshandelszertifikate kostenlos.

Weiterhin fragt die Konsultation nach Kriterien für eine Gefährdung durch Carbon Leakage und der Menge der Zertifikate, die zur Finanzierung von CO₂-Speicherung und erneuerbaren Energien zur

Verfügung stehen soll. Auch die Frage, ob Kompensationsmechanismen für Carbon Leakage überhaupt notwendig sind, steht zur Diskussion. [rm]

► www.ec.europa.eu/clima/consultations/articles/0023_en.htm

EU-Energieeffizienzrichtlinie**Viele Ausnahmen, aber auch neue Anreizsysteme**

■ Eine Analyse der Coalition of Energy Savings (CES) von April zeigt, dass Deutschland bei der Umsetzung der EU-Energieeffizienzrichtlinie noch Nachholbedarf hat. Ende vergangenen Jahres mussten Mitgliedstaaten ihre Vorschläge zur Umsetzung von Artikel 7 der EU-Energieeffizienzrichtlinie einreichen, der jährliche Effizienzmaßnahmen in Höhe von 1,5 Prozent des Energieabsatzes vom Vorjahr vorsieht.

Doch nur Dänemark, Kroatien und Irland stellten glaubwürdig dar, wie sie dieses Ziel erreichen wollen. Die Analyse zeigt außerdem, dass alle Staaten bis auf Schweden und Dänemark Ausnahmen anrechnen wollen und so ihr Energiesparziel von jährlich 1,5 auf 0,8 Prozent mindern. Trotzdem haben Energieeffizienzanzersysteme nach Artikel 7 in Europa Konjunktur: 16 von 27 Mitgliedstaaten haben bereits ein solches System oder planen es einzuführen. [sl]

► www.energycoalition.eu/analysis-article-7-member-states-reports

Energieeffizienz**Neue Energiesparverordnung in Kraft**

■ Jedes veröffentlichte Immobilienangebot – ob Neu- oder Altbau, Kauf- oder Mietobjekt – muss ab Mai einen Energieausweis enthalten. Das sieht die seit dem 1. ►

Mai geltende novellierte Energieeinsparverordnung (EnEV) vor, die energetische Vorgaben für Neubau und Sanierungen macht. Außerdem müssen HausbesitzerInnen ihre Immobilien energetisch nachrüsten, indem sie beispielsweise bis 2015 Gas- und Ölheizungen austauschen, die älter als 30 Jahre sind. Kritik gibt es zudem am geringen Bekanntheitsgrad der Nachrüstpflicht. Hinderlich sei auch, dass es weiterhin zwei Bemessungsgrundlagen für Energieausweise geben soll, die zu unterschiedlichen Ergebnissen führen. Über die Energieeinsparverordnung informiert ständig aktualisiert die Website Enev-online. [rp]

► www.enev-online.de

EEG

Teure Befreiung für Konventionelle

■ Würde Bundeswirtschafts- und -energieminister Sigmar Gabriel (SPD) die Bevorzugung konventioneller Kraftwerke beim Eigenstromverbrauch abschaffen, könnte die EEG-Umlage für Stromkunden um etwa 12 Prozent von jetzt 6,24 auf 5,5 Cent pro Kilowattstunde sinken. Jährlich kostete die Befreiung die Stromkunden 2,6 Milliarden Euro. Das ist das Ergebnis einer Studie des Beratungsunternehmens Energy Brainpool im Auftrag von Greenpeace und dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND).

Die Umweltverbände fordern von Minister Gabriel, dass Kohle- und Atomkraftwerke künftig ebenfalls die EEG-Umlage zahlen. Laut der Studie würde dies dazu führen, dass der Anteil der Stromproduktion durch Kohle um etwa ein Zehntel sinkt und damit auch die CO₂-Emissionen um jährlich 2,7 Millionen Tonnen schrumpfen. Nach den derzeitigen Planungen werden erneuerbare Anlagen gegenüber konventionellen benachteiligt, da sie in Zukunft die EEG-Umlage alleine tragen sollen. [sl]

► Zur Studie (PDF): www.kurzlink.de/bund-eev-studie2014

Pro Endlagerkommission: Die Politik beim Wort nehmen

Die Atommüllfrage in Deutschland kann nur mittels einer breiten politischen und gesellschaftlichen Anstrengung angegangen werden. Die Endlagerkommission könnte hierzu Gelegenheit bieten, meint Klaus Brunsmeier vom BUND.

Weltweit gibt es bislang kein einziges funktionierendes Endlager für hoch radioaktiven Atommüll. In Deutschland steckt die Suche nach einem Lager für den Strahlenabfall durch die politisch motivierte Vorfestlegung auf den geologisch ungeeigneten und politisch verbrannten Standort Gorleben in einer Sackgasse. Alleine kommt die Politik hier nicht raus. Das zeigen das ungeeignete Suchverfahren im aktuell geltenden Standortauswahlgesetz und die Unfähigkeit der politischen Parteien, mehr als einen Minimalkonsens zustande zu bekommen. Die Kommission „Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe“, die vom Land Niedersachsen spät in das Gesetz hineinverhandelt wurde, ist deshalb ein längst überfälliger Schritt und könnte die Chance bieten, das Verfahren vom Kopf auf die Füße zu stellen und diese Vorfestlegung aufzuheben.

Sicher gibt es viele berechtigte Kritikpunkte an der Kommission. Dazu zählt vor allem deren Zusammensetzung. Neben klaren Gorleben-Befürwortern aus dem politischen Spektrum finden sich in ihren Reihen auch frühere Atommanager. Und die Politik hat längst nicht alle Forderungen erfüllt, die die Umweltverbände in den letzten Monaten erhoben haben. Es gibt aber Anzeichen dafür, dass die Bundesregierung, allen voran Umweltministerin Barbara Hendricks, unsere Anliegen ernst nimmt als bisher. Auch die Bundestagsabgeordneten haben inzwischen erste Forderungen der Umweltverbände aufgegriffen und in einem Entschließungsantrag klargestellt, dass es zentrale Aufgabe der Kommission ist, einen breiten gesellschaftlichen Dialog zu organisieren und das bisherige Endlagersuchgesetz zu überprüfen. Außerdem hat das Bundesumweltministerium eine von Ex-Umweltminister Peter Altmaier eingereichte Klage mittlerweile zurückgezogen, mit der die Sonderrolle des Standorts Gorleben gestärkt geblieben wäre. Die Entlassung des Ex-Atomlobbyisten Gerald Hennenhöfer als Abteilungsleiter für Reaktorsicherheit im Umweltministerium und die Benennung des früheren Umweltstaatssekretärs Michael Müller als zweiten gleichberechtigten Vorsitzenden der Kommission zeugen ebenso vom Willen, der atom-

kritischen Öffentlichkeit entgegenzukommen. Wir wollen diese Ankündigungen der Politik beim Wort nehmen und Druck für deren Umsetzung machen.

Vor diesem Hintergrund stellt sich der BUND offeniv der Atommüllfrage und wird durch seine Mitarbeit in der Kommission versuchen, das Verfahren schnellstmöglich auf einen guten Weg zu bringen. Eine der ersten Aufgaben der Kommission muss es sein, das Standortauswahlgesetz zu evaluieren und Änderungsvorschläge für das Standortauswahlgesetz zu machen. Die Ergebnisse müssen dann in eine Gesetzesänderung münden, damit der Standort Gorleben nicht weiter zementiert wird. Grundsätzlich darf es keine Vorfestlegungen auf einen bestimmten Standort geben. Vielmehr muss auf einer „weißen Landkarte“ in ganz Deutschland nach dem am wenigsten fragwürdigen Atommüll-lagerstandort gesucht werden. Beispielsweise müssen in verschiedenen möglichen geologischen Formationen – dazu zählen Salz, Granit oder Ton – mindestens je zwei Standorte erkundet werden. Zudem muss für die betroffenen Anwohner in allen Phasen der Erkundung umfassend Rechtsschutz gelten. Schließlich muss auch das geplante Bundesamt für kerntechnische Entsorgung eine neue Ausrichtung erhalten. Bislang soll es zu viele Kompetenzen bekommen und sich darüber hinaus selbst kontrollieren.

Ob die Kommission schlussendlich erfolgreich arbeitet, wird die Zukunft zeigen. In jedem Fall bietet sie aber die Möglichkeit, das mit Fehlern behaftete Standortauswahlgesetz zu verbessern. Egal auf welchen Standort die Entscheidung letztlich fällt, es muss klar sein, dass es sich dabei um das Ergebnis einer vorveringenen wissenschaftlichen Prüfung handelt – vorbereitet und begleitet von einer intensiven gesellschaftlichen Debatte. Und nicht wie bisher um Hinterzimmer-Klüngeleien.

Klaus Brunsmeier ist stellvertretender Vorsitzender des BUND und vertritt seinen Verband in der Endlagerkommission.

Kontra Endlagerkommission: Neustart geht anders

Wohin mit dem Atom Müll? Die Endlagersuche kommt nicht voran und die notwendige gesellschaftliche Debatte bleibt aus. Daran ändert auch die geplante Kommission nichts, meint Dirk Seifert von Robin Wood.

Die Atommüllentsorgung in Deutschland steht vor dem Kollaps: Das Oberverwaltungsgericht Schleswig hebt die Genehmigung für das Castor-Lager am AKW Brunsbüttel auf. Zahlreiche Sicherheitsnachweise seien nicht oder falsch erbracht. Hat das Urteil Bestand, dann sind alle Standortlager betroffen und die Zwischenlagerung hochradioaktiver Brennelemente höchststrichlich illegal. Illegal? In Jülich stehen über 150 Castor-Behälter in einem Lager, das selbst nach Atomrecht nicht sicher ist. Per Notverordnung duldet die rot-grüne Landesregierung in NRW diesen Zustand und tut genau das, wovor Grüne und SPD sonst immer warnen und nationale Verantwortung betonen: Der Atommüll soll in die USA exportiert werden. Frei nach dem Motto: „Irgendwo muss das Zeug ja hin“.

Auch bei leicht- und mittelaktiven Atomabfällen sieht es düster aus: Immer neue Probleme beim Ausbau im Schacht Konrad verzögern die Inbetriebnahme nun schon bis mindestens 2024. Deshalb entstehen an den AKW-Standorten nun serienweise neue Zwischenlagerhallen. Was mit dem Atommüll aus der Asse passieren soll – falls die Bergung überhaupt gelingt – weiß niemand. Und weiterhin werden mit einem eleganten Trick zigtausend Tonnen von Uranmüll, die bei der Anreicherung in Gronau entstehen, immer noch bei der Entsorgung ignoriert: Der Uranmüll wird zum Wertstoff erklärt – fertig. Wie eine langfristig sichere und verantwortliche Atommülllagerung aussieht, ist für jede Sorte Atommüll vollkommen ungeklärt.

Ohne Zweifel: Es braucht einen Neustart bei der Atommülllagerung. Es ist unbedingt notwendig, dies in einem breiten gesellschaftlichen Prozess anzugehen und gemeinsame Anforderungen und Wege zu finden, dies zu erreichen. Dazu aber ist das vorliegende Endlagersuchgesetz in keiner Weise geeignet. Nicht nur, weil all die genannten Probleme ausgeblendet bleiben, das Gesetz unter Ausschluss der Umweltverbände in Hinterzimmern ausgehandelt wurde und Festlegungen macht, die das Gegenteil eines offenen gesellschaftlichen Verfahrens bedeuten. Voraussetzung müsste sein, die

Fehler der Vergangenheit festzustellen, und daraus die Konsequenzen für einen Neustart zu ziehen. Doch genau davon ist keine Spur.

Das Desaster in der Asse hat gezeigt, wie die Kumpanei von Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung jahrzehntelang alle Hinweise auf gravierende Sicherheitsmängel vom Tisch gewischt hat. Konsequenzen? Keine. Irgendeine Bedeutung für Gorleben oder den Umgang mit dem Atommüll anderenorts? Fehlanzeige. Im Gegenteil: Als habe die Asse nicht stattgefunden, ist für die CDU/CSU-Fraktion im Juni 2013 – fast zeitgleich mit dem Gesetz zum vermeintlichen Neustart bei der Endlagersuche – zum Abschluss des parlamentarischen Untersuchungsausschusses Gorleben klar: Niemals hat es eine politische Einflussnahme auf den Standort Gorleben gegeben, die Standortauswahl war – inklusive einer Bewertung von Alternativen – sachlich korrekt und es gab eine Öffentlichkeitsbeteiligung. Da gibt es aus den Reihen der Atomwirtschaft nichts zu kritisieren. Nach 1,6 Milliarden Euro für die Erkundung ist Gorleben als Endlager geeignet. Und auch das darf nicht übersehen werden: Auch die SPD ist – nicht nur historisch – tief in das Desaster der Atommüllentsorgung verstrickt.

Es sind gewaltige politische Seilschaften, die für ein Atommülllager im Salzstock von Gorleben stehen. Ihre Interessen sind tief in das Suchgesetz eingeschrieben. Was ihnen fehlt, ist eine ausreichende gesellschaftliche Legitimation für eine Entscheidung, Gorleben zum Standort zu erklären. Das sollen nun das vorliegende Gesetz und die geplante Endlagerkommission erreichen.

Der Wunsch, mit dieser Kommission etwas für einen besseren Umgang mit dem Atommüll zu erreichen, ist sicher ehrenhaft. Das Ziel, am Ende die Legitimation zu liefern, die Gorleben als Standort braucht, ist das sicherlich nicht.

Dirk Seifert ist Fachreferent für Energie bei Robin Wood.

Erneuerbare Energien I

Insel der Erneuerbaren

■ El Hierro, die kleinste der Kanareninseln, ist die erste Insel weltweit, die auf fossile Energieträger verzichtet. Demnächst bezieht die Insel ihre gesamte Energie aus Erneuerbaren. El Hierro spart damit jährlich etwa 18.700 Tonnen CO₂ und 6.000 Tonnen Heizöl ein. **[vv, rm]**

► www.geo.de/GEO/natur/oekologie/werkstatt

Erneuerbare Energien II

Energiewende ohne Investor?

■ Die Investitionen in erneuerbare Energien sind im vergangenen Jahr in Deutschland, Italien und Frankreich um rund 40 Prozent gesunken. Zu diesem Ergebnis kam der jährliche Pew Environment Bericht von Beratungsunternehmen Bloomberg New Energy Finance.

Gegenüber dem Vorjahr fiel die Investitionsrate in Europa, dem Mittleren Osten und Afrika um etwa 42 Prozent und die Menge der neu installierten Kapazitäten um 22 Prozent. Lediglich in Großbritannien führten Investitionen im Offshorewindsektor zu einem Anstieg der Investitionsrate um 13 Prozent. In Deutschland sanken die Investitionen im Vergleich zum Vorjahr hingegen um über die Hälfte. Auch in Italien brachen die Investitionen ein: Die Investitionsrate betrug 2013 nur noch zwei Drittel des Vorjahrs.

Jacopo Moccia vom Verband Europäische Windenergie (EWEA) sagte: „Ausschlaggebend für die sinkenden Investitionen in Windenergie sind politische Unsicherheiten.“ Europa würde dadurch seine Führungsposition bei den erneuerbaren Energien an China verlieren.

Die Solarinvestitionen sanken 2013 in Europa um rund 23 Prozent und befinden sich damit auf dem niedrigsten Stand seit sieben Jahren. Vor allem der starke Rückgang in Deutschland und Italien setzte der Solarindustrie zu. Frauke Thies vom Verband der Europäischen Photovoltaik Industrie (EPIA) kritisierte: „In vielen EU-

Worüber wir heute streiten

Über kaum etwas wird so viel diskutiert wie über den Klimawandel – leider ohne sinnvolle Ergebnisse. Für den britischen Klimaforscher Mike Hulme ist er weit mehr als ein naturwissenschaftliches Phänomen; der Klimawandel ist eine kulturelle Herausforderung, ein »komplexes Problem in einer komplexen Welt«, weshalb technisch-politische Ansätze zu kurz greifen. Das Buch hilft zu verstehen, was uns am Handeln hindert und plädiert für eine neue Sichtweise auf das Jahrhundertproblem.

M. Hulme

Streitfall Klimawandel

Warum es für die größte Herausforderung keine einfachen Lösungen gibt

384 Seiten, Hardcover mit Schutzumschlag, 24,95 Euro, ISBN 978-3-86581-459-3



Die guten Seiten der Zukunft

Erhältlich bei www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de



Mitgliedstaaten wurden die Fördergelder im Sektorsolar unwillkürlich gekürzt. Notwendig sind aber dynamische und vorhersehbare Rahmenbedingungen.“ [vv]

- Bericht von PEW Environment (engl., PDF): www.kurzlink.de/pew-env-rep-ener14

Kohlekraft

Protest gegen größtes Kohlekraftwerk in der EU

■ Umweltschutzorganisationen haben die Entscheidung der EU-Kommission vom April scharf kritisiert, den weiteren Betrieb des größten europäischen Kohlekraftwerks in Polen zu erlauben.

Das European Environmental Bureau (EEB), die Health and Environment Alliance (HEAL), das Climate Action Network Europe und das CEE Bankwatch Network protestierten gegen eine weitere Betriebs-erlaubnis für zwei veraltete Produktionsstätten des Kohlekraftwerkes, das im Besitz des staatlichen Energiekonzerns PGE steht.

Laut Angaben der NGOs ignoriert die EU-Kommission eine Vereinbarung zwischen dem Betreiber BOT und seinen Kreditgebern, wonach sich BOT zur Schließung der beiden Produktionsstätten bis zum Jahresende 2015 verpflichtet hat. Einer dieser Kreditgeber ist die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD), an der auch die Europäische Union und die Europäische Investitionsbank (EIB) beteiligt sind.

Dass es sogar ganz ohne Kohle geht, zeigt Ontario. Die bevölkerungsreichste Provinz Kanadas schaltete Ende April ihr letztes von ursprünglich insgesamt 19 Kohlekraftwerken ab. Den Ausstieg hatte die Provinz bereits 2003 beschlossen, drei Jahre später stieg Kanada in die Förderung der erneuerbaren Energien auf Grundlage des ersten deutschen EEGs ein. [Quelle: UWD, red.]

- www.kurzlink.de/coalout
- www.klimaretter.info/energie/nachricht/16269-ontario-wagt-den-kohle-ausstieg

Braunkohle

Abbau in Brandenburg bis 2060?

■ Kohle aus dem geplanten Tagebau Welzow II in der Lausitz soll laut Landesplanungsabteilung Brandenburg noch bis 2060 im sächsischen Kraftwerk Boxhagen verstromt werden. Die Grüne Liga Cottbus kritisierte die Pläne scharf. Wenn 2060 noch Braunkohle verstromt werde, sei das deutsche Ziel nicht haltbar, die CO₂-Emissionen in der Stromerzeugung bis 2050 um 90 Prozent zu reduzieren. Die Umweltschützer fordern nun die brandenburgische Linkspartei zum Handeln auf. Die Linke hat sich zum Kohleausstieg bis 2040 bekannt, dies passe nicht mit den Plänen zum Tagebau Welzow II zusammen.

Kohlekraftwerke sind nicht nur klimasondern auch gesundheitsschädlich. 70 Prozent der Quecksilberemissionen in Deutschland gehen auf energieerzeugende Kohlekraftwerke zurück. Zu diesem Ergebnis kommt eine im Auftrag der Bundestagsfraktion der Grünen erstellte Studie zu den Emissionen von 2010 bis 2012. Die Grünen fordern eine Senkung des Quecksilberausstoßes bei Kohlekraftwerken in Anlehnung an Grenzwerte der USA, die seit 2012 gelten. Würden diese Normen in Deutschland eingeführt, müssten 49 Kohlekraftwerke abgeschaltet werden. Den Spitzenwert beim Quecksilberausstoß belegt das Braunkohlekraftwerk Jämschwalde in der Lausitz. [am]

- www.lausitzer-braunkohle.de/rundbriefe/kohlerundbrief_2014-05-02.pdf
- Studie: www.kurzlink.de/quecks-kohle0514

CO₂-Speicherung

Ohne Erfolg

■ Mit Erlösen aus dem ETS finanziert die EU-Kommission CO₂-neutrale Technologien, darunter auch CCS-Projekte. Von den sechs EU-geförderten Projekten zur CO₂-Abscheidung- und -Speicherung wird aber wohl nur das Drax White Rose Project in Großbritannien fertiggestellt.

Die Hälfte der seit 2009 geförderten EU-Projekte wurde inzwischen wegen zu hoher Entwicklungskosten und fehlender Kofinanzierung aufgegeben. Zwei CCS-Projekte in den Niederlanden und Großbritannien stocken, weil die restliche Finanzierung noch nicht gesichert ist.

Der Abbruch der Projekte kostete bereits 460 Millionen Euro Fördermittel, die nun nicht mehr für andere Projekte, etwa für erneuerbare Energien, zur Verfügung stehen. 389 Millionen davon fließen in den allgemeinen EU-Haushalt zurück. [rp]

► www.ec.europa.eu/clima/policies/lowcarbon/ner300/index_en.htm

Atomkraft I

Stehlen sich die Konzerne aus der Verantwortung?

■ Die Energiekonzerne Eon, RWE und EnBW wollen ihr gesamtes deutsches Atomgeschäft in eine öffentlich-rechtliche Stiftung übergeben. Dort soll der Bund die Atomkraftwerke bis zum Ausstieg 2022 weiterbetreiben. Der Staat übernehme somit auch die Verantwortung für den Abriss, die Entsorgung des Mülls und die Risiken der Anlagen. Im Gegenzug wollen die Betreiber alle laufenden Klagen, etwa gegen die Brennelementesteuer, zurückziehen. Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD) erteilte den Energiekonzernen in einer ersten Reaktion eine deutliche Absage. Die Kosten dürften nicht auf die Allgemeinheit abgewälzt werden. [vv, rm, sl]

► www.bund.net/themen_und_projekte/atomkraft

Atomkraft II

Brennelementesteuer rechtswidrig?

■ Mitte April hat das Finanzgericht Hamburg entschieden, dass der deutsche Fiskus den Atomkraftwerkbetreibern die bereits

geleistete Brennelementesteuer in Höhe von 2,2 Milliarden Euro vorläufig zurückzahlen muss. RWE und Eon hatten gegen die Rechtmäßigkeit der Brennelementesteuer geklagt. Ob die Steuer zulässig ist, wird im November der Europäische Gerichtshof entscheiden. Dem Bund bleibt außerdem die Möglichkeit, eine Beschwerde beim Bundesfinanzhof einzulegen, um eine Rücküberweisung der Steuer vorerst zu verhindern. [vv, rm]

► www.foes.de/themen/atomenergie

Atomkraft III

Taiwan stoppt AKW-Neubau

■ Wegen anhaltender Demonstrationen hat Taiwans Regierung Ende April den Bau eines Atomkraftwerks gestoppt. Die Demonstranten kritisierten unter anderem, dass das geplante AKW in einer erdbebengefährdeten Region gebaut werden soll. Nun sollen die Bürger per Volksabstimmung über den Neubau entscheiden. Die drei derzeit in Taiwan betriebenen Atomkraftwerke haben einen Anteil von etwa 20 Prozent am Strommix des Landes. [vv, rm]

► www.kurzlink.de/faz12913

Fracking

Bundesländer sind dagegen

■ Bei einem Treffen in Konstanz im Mai haben sich die UmweltministerInnen der Länder dafür ausgesprochen, dass Bundesbergrecht zu ändern, um Fracking in Deutschland zu verhindern. „Wir sind uns einig, dass die Förderung unkonventioneller Gasvorkommen mit Fracking, also mit Chemie und hohem Druck, kein ökologisch vertretbarer Weg ist“, sagte der Vorsitzende der Umweltministerkonferenz und baden-württembergische Umweltminister Franz Untersteller (Bündnis90/Die Grünen). [sl]

► www.umweltministerkonferenz.de/Presse.html

Spielzeugrichtlinie

EU-Grenzwerte müssen auch in Deutschland gelten

■ Das Gericht der Europäischen Union hat Mitte Mai entschieden, dass Deutschland die Grenzwerte für einige gesundheits-schädliche Schwermetalle in Spielsachen an europäische Vorgaben anpassen muss. Es geht um die Stoffe Arsen, Quecksilber und Antimon. Bei Barium hatte Deutschland seine Klage zurückgezogen. Im Fall von Blei beauftragte das Gericht die EU-Kommission, neue Grenzwerte zu erarbeiten.

Vor zwei Jahren hatte die Bundesregierung Klage gegen die EU-Kommission eingereicht. Damit wollte sie verhindern, dass die angeblich höheren deutschen Schutzstandards für Spielzeug gesenkt werden. Dem widersprachen jetzt die Luxemburger Richter. Wenn man die unterschiedlichen Bemessungsgrundlagen miteinander vergleiche, seien die Limits der EU überwiegend strenger als die deutschen, hieß es in der Begründung des Gerichts.

Es geht um unterschiedliche Methoden, das Risiko der Aufnahme von Stoffen in den Körper zu bewerten. Das deutsche Recht sieht einheitliche Grenzwerte für einen Schadstoff vor – egal, ob ein Material fest, flüssig oder staubig ist. Die EU-Richtlinie sieht für jedes Material unterschiedliche Grenzwerte vor. So ist das EU-Recht bei staubigen Materialien, wie Kreide, oder bei flüssigen Substanzen, wie Seifenblasenflüssigkeit, strenger als das deutsche. Lediglich bei Abschabungen von Spielzeugmaterial seien die Obergrenzen der EU-Richtlinie weniger streng als die deutschen. Dafür müsste ein Kind etwas von der Oberfläche des Spielzeugs abkratzen und zu sich nehmen. Das Risiko einer Gefährdung sei bei solchen Spielsachen viel geringer, argumentierten die Richter. [mbu]

► Entscheidung des Gerichts der EU:

www.curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2014-05/cp140072de.pdf

Kennzeichnung**„Made in“-Angabe wird Pflicht**

■ Die Herkunftsbezeichnung „Made in“ soll künftig für alle Produkte – außer Lebensmitteln –, die auf dem EU-Binnenmarkt verkauft werden, vorgeschrieben sein. Das beschloss das EU-Parlament im April. In den entsprechenden neuen Vorschriften zur Verschärfung der Produktsicherheit und Marktüberwachung zum Verbraucherschutz fordern die Abgeordneten auch härtere Strafen für Unternehmen, die potenziell gefährliche Produkte anbieten.

Die „Made in“-Kennzeichnung soll die Rückverfolgbarkeit der Waren verbessern und somit den Verbraucherschutz stärken. Das aktuelle freiwillige System soll dadurch ersetzt werden. Zurzeit können etwa zehn Prozent der Waren, die vom Schnellwarnsystem der Gemeinschaft für gefährliche Produkte (RAPEX) erfasst werden, nicht zum Hersteller zurückverfolgt werden. [mbu]

► www.kurzlink.de/euparl-kennz-madein

Tierische Inhaltsstoffe**Pudding im Vegetarierpelz**

■ Das international verwendete V-Label garantiert vegetarische und vegane Lebensmittel und Produkte. Der Vegetarierbund Deutschland (VEBU) beanstandet, dass auf vielen Verpackungen tierische Inhaltsstoffe nicht deutlich erkennbar sind, da diese sich beispielsweise hinter E-Nummern verbergen. Manche Hersteller verwenden bei vermeintlich vegetarischen Lebensmitteln beispielsweise Gelatine zum Klären, Scharlach-Schildläuse zum Färben oder Schweineschmalz fürs Aroma. Der VEBU-Geschäftsführer Sebastian Zösch bestätigt, dass Verbraucherinnen und Verbraucher oft überrascht seien, in wie vielen Produkten Zutaten tierischen Ursprungs stecken. Teilweise handelt es sich um sogenannte Produktionshilfsstoffe, die gar nicht erst auf der Verpackung stehen. [vv]

► www.kurzlink.de/tierische-Inhalte

LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

EU-Rechnungshof**Wasserpolitik soll stärker in Agrarpolitik einfließen**

■ Aus einem Mitte Mai vom Europäischen Rechnungshof (EuRH) veröffentlichten Bericht geht hervor, dass die EU bei der Integration der Ziele der Wasserpolitik in die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) lediglich einen Teilerfolg verbuchen kann.

„Bei der Prüfung wurde deutlich, dass die beiden derzeit eingesetzten Instrumente zur Integration von wasserbezogenen Belangen in die GAP (Cross-Compliance-Regelung und Entwicklung des ländlichen Raums) Unzulänglichkeiten aufweisen und dass die Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie von Verzögerungen und Schwächen gekennzeichnet ist“, heißt es in dem Bericht des EuRH.

„Die Landwirtschaft ist mit rund einem Drittel des gesamten Wasserverbrauchs natürlich einer der größten Wasserverbraucher in Europa und eine Quelle für Belastungen der Wasserressourcen, etwa durch Nährstoffverunreinigungen des Wassers“, erläuterte Kevin Cardiff, der für den Bericht zuständige EuRH-Vertreter. „Es waren zwar Fortschritte zu verzeichnen, doch die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten müssen Belange der Wasserpolitik besser in die Gemeinsame Agrarpolitik integrieren, um eine langfristig nachhaltige Wassernutzung sicherzustellen.“

Die Prüfer gelangten unter anderem zu dem Schluss, „dass auf Ebene der EU-Organe und in den Mitgliedstaaten nicht ausreichend bekannt ist, welchen Belastungen die Wasserressourcen durch landwirtschaftliche Tätigkeiten ausgesetzt sind und welche Entwicklungen diese Belastungen nehmen.“ [Quelle: UWD, mbu]

► Europäischer Rechnungshof zu Wasser und GAP: www.kurzlink.de/eurh-wasser-gap2014

EFSA**Verwaltungsrat bald mit Lobbyisten besetzt?**

■ Trotz anhaltender Kritik von Nichtregierungsorganisationen haben die EU-Mitgliedstaaten im Mai sieben Kandidaten für den Verwaltungsrat der Europäischen Lebensmittelbehörde EFSA benannt. Unter den vorläufigen Anwärtern sind nach offiziellen Angaben einige, die enge Kontakte zur Industrie haben sollen.

Ursprünglich hat die EU-Kommission die Kandidaten ausgewählt. Die EFSA ist unter anderem dafür zuständig, Risiken von gentechnisch veränderten Pflanzen und Tieren sowie Pestiziden zu bewerten. Meist folgt die EU-Kommission den Empfehlungen der Behörde, wenn es um die Zulassung von genmodifizierten Organismen geht. Der Verwaltungsrat hat die Aufgabe, die Einhaltung der Spielregeln der EFSA zu überwachen.

Der agrarpolitische Sprecher der Grünen im Europaparlament Martin Häusling nennt die Personalvorschläge fatal. Damit kontrolliere eine Lobby ihre eigenen Interessen, anstatt neutral über die Arbeit der EFSA zu wachen. Auch die gentechnikkritische Organisation Testbiotech kritisierte die Kandidatenliste. Professionelle Lobbyisten der Lebensmittelindustrie würden zu Aufpassern bei der EFSA ernannt. [mbu]

► Kandidatenliste EU-Kommission: www.ec.europa.eu/food/efsa/list_candidates_2013_en.htm

► www.martin-haeusling.eu

► www.testbiotech.org

Bienensterben**Pestizide machen krank**

■ Wenn Bienenvölker in Kontakt mit bestimmten Pflanzenschutzmitteln kommen, die in der Landwirtschaft eingesetzt werden, haben sie kaum Chancen einen kalten Winter zu überleben. Zu diesem Ergebnis kommt eine Anfang Mai in der „Bulletin of Insectology“ veröffentlichte Studie der Harvard School of Public Health (HSPH). ►

„Es muss mehr Aufklärungsarbeit über die Folgen des Genpflanzenanbaus geleistet werden“

Die Grüne Gentechnik ist in Deutschland umstritten. Abgeordnete des deutschen Parlaments wollen mehr Souveränität der EU-Mitgliedstaaten in dieser Frage. Für demokratische Werte – zum Beispiel mit europäischen Bürgerbegehren – plädiert Josef Göppel, Mitglied des Bundestages und bayerischer Landesvorsitzender des Arbeitskreises Umweltsicherung der CSU.

umwelt aktuell: Ende April haben Sie gemeinsam mit Abgeordneten aller Parteien einen Vorschlag unterzeichnet, in dem Sie das Zulassungsverfahren für gentechnisch veränderte Pflanzen in der Europäischen Union auf den Prüfstand stellen. Was wollen Sie ändern?

Die Zulassung gentechnisch veränderter Pflanzen durch die EU ist derzeit für alle Mitgliedstaaten bindend. In Deutschland und mehreren anderen Mitgliedstaaten sind große Teile der Bevölkerung gegen den Anbau von Genpflanzen. Dieser großen Mehrheit möchten wir eine Stimme geben und ein nationales Anbauverbot ermöglichen.

Die sogenannte Opt-out-Regelung sieht nationale Anbauverbote für die EU-Mitgliedstaaten vor. Den Vorschlag Griechenlands dazu lehnen Sie aber ab. Warum?

Der Vorschlag Griechenlands stellt die Gentechnikunternehmen mit den Mitgliedstaaten auf eine Stufe. Er sieht vor, dass Mitgliedstaaten die Gentechnik-Unternehmen in einer ersten Stufe von ihrem Wunsch nach einem Anbauverbot unterrichten und sie sozusagen bitten, freiwillig auf einen Anbau in dem betroffenen Gebiet zu verzichten. Sollte das Unternehmen dieser Bitte nicht folgen, würde der Mitgliedstaat in einer zweiten Stufe ein Anbauverbot beantragen. Dazu müssen Fristen eingehalten und neue Argumente und Untersuchungen vorgelegt werden. Werden diese neuen Argumente nicht anerkannt, darf das Gentechnikunternehmen die Pflanzen anbauen. Wir sehen durch dieses Vorgehen die Souveränität der Mitgliedstaaten eingeschränkt.

Im Rat der EU enthält Deutschland sich regelmäßig der Stimme, obwohl Ihr Parteikollege und zuständige Minister Christian Schmidt oder die sozialdemokratische Umweltministerin Barbara Hendricks gegen Grüne Gentechnik sind. Wie ist aus Ihrer Sicht dieses Dilemma zu lösen?

Sie haben recht, die CSU vertritt die Interessen der Bürger und der Landwirte, die mehrheitlich den Anbau von Genpflanzen ablehnen. Unser Koalitionspartner sieht das ähnlich. In der CDU sind jedoch einige Mitglieder gegen Anbauverbote. Das ist der

Grund dafür, dass Deutschland sich nicht eindeutig positionieren kann. Das Dilemma lässt sich also nur dadurch lösen, dass in der CDU mehr Aufklärungsarbeit über die Folgen des Genpflanzenanbaus geleistet wird, und dadurch, dass die Wähler weiter deutlich machen, dass ihnen dieses Thema wichtig ist.

Das Zulassungsverfahren für genmodifizierte Pflanzen ist seit Langem in der Kritik und wird laut EU-Kommission derzeit überarbeitet. Was müsste aus Ihrer Sicht am dringendsten verbessert werden?

Derzeit werden in der Risikobewertung nur kurzfristige Effekte auf Gesundheit und Umwelt berücksichtigt. Das greift zu kurz. Es müssen dringend auch Langzeiteffekte untersucht werden. Schon jetzt sind beispielsweise herbizidresistente Wildkräuter entstanden. Die Auswirkungen auf Böden und Bodenlebewesen sind ebenso lückenhaft untersucht wie langfristige Folgen für die menschliche Gesundheit. Außerdem sind die wirtschaftlichen Folgen für Landwirte nicht ausreichend erforscht. Es gibt Beispiele hoher Klageforderungen von Gentechnikfirmen an Landwirte, auf deren Feldern möglicherweise nur versehentlich genveränderte Pflanzen wachsen, zum Beispiel aufgrund von Durchwuchs oder Gentransfer auf andere Pflanzen. Angesichts der großen Ablehnung in der Bevölkerung ist zudem von eingeschränkten Vermarktungsmöglichkeiten auszugehen.

Die Europäische Kommission folgt bei ihren Entscheidungen meist den Empfehlungen der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA). Kritiker werfen der Behörde mangelnde Unabhängigkeit und Vertretung von Industrieinteressen vor. Wie könnte die EFSA besser kontrolliert werden?

In einem ersten Schritt brauchen wir mehr Transparenz. Wie im Bundestag sollten auch die Mitarbeiter der EFSA verpflichtet werden, ihren Lebenslauf und ihre Nebentätigkeiten offenzulegen. In einem zweiten Schritt muss sich dann die Zusammensetzung der EFSA ändern, um die Unabhängigkeit tatsächlich zu gewährleisten.

Über den umstrittenen Genmais 1507 entscheidet wohl demnächst die Europäische Kommission, die Kennzeichnungspflicht für Honig mit genmodifizierten Pollen ist sowohl vom Europäischen Parlament als auch vom Bundestag abgelehnt worden. Sehen Sie eine Chance, dass die Honigrichtlinie der EU noch im Sinne der Verbraucher verändert werden kann?

Es gibt noch Chancen für die Honigrichtlinie. Wenn es vor den Europawahlen keine Einigung mehr gibt, werden ein neu gewähltes Parlament und teilweise auch ein neuer Rat sowie neue Kommissare über den Antrag abstimmen. Da werden die Karten am 25. Mai neu gemischt.

In einer Eurobarometer-Umfrage von 2010 haben sich 61 Prozent der Befragten in der EU gegen Gentechnik in Lebensmitteln ausgesprochen. In Deutschland waren laut einer Studie des Bundesamtes für Naturschutz von Ende April 84 Prozent gegen Gennahrung auf ihrem Teller. Kann die Politik das ignorieren?

Wenn die Politik diese überwältigende Mehrheit ignoriert, tut sie das zu ihrem Schaden. Der kann sich ganz direkt in Wählerstimmen ausdrücken oder indirekt in Politikverdrossenheit. Es gibt bereits zahlreiche Stimmen, die sagen, wenn die Politik eine derartig eindeutige Stimmung ignoriert, fühlen sich die Menschen ohnmächtig und Ohnmacht kann zu Verdruss führen oder in Wut umschlagen. Ich bin dafür, unsere demokratischen Werte zu leben, zum Beispiel mit europäischen Bürgerbegehren.

[Interview: Marion Busch]

Der Förster Josef Göppel ist seit 2002 Abgeordneter im Deutschen Bundestag. Von 2000-2008 war er im Präsidium des DNR.



Kontakt:
Tel. +49 (0)30 / 227-7737,
E-Mail: josef.goeppel-ma01@bundestag.de

Die ForscherInnen fanden einen Zusammenhang zwischen dem Tod von kompletten Bienenvölkern und den Pflanzenschutzmitteln Imidacloprid und Clothianidin. Beide stammen aus der Gruppe der Neonikotinoide, die für das Bienensterben mit verantwortlich sind. In der EU sind die Substanzen seit Ende 2013 auf zwei Jahre befristet verboten.

Vom Oktober 2012 bis April 2013 haben die ForscherInnen für ihre Untersuchung 18 Bienenvölker auf drei Orte verteilt. Dort sind die sechs Völker in eine mit Imidacloprid behandelte Gruppe, eine mit Clothianidin behandelte Gruppe und eine Kontrollgruppe gesplittet worden.

Anfangs entwickelten sich die Bienenpopulationen normal. Dann starben immer mehr Bienen im Verlauf des Winters. Am Ende waren sechs von zwölf Bienenkörben leer, typisch für den Tod durch Colony Collapse Disorder (CCD), also dem Kollaps von Bienenvölkern. Damit bestätigen sich frühere Erkenntnisse aus einer ähnlichen Harvardstudie. Damals habe es sogar Verlustraten von 94 Prozent durch CCD gegeben. [rp]

- Zusammenfassung der Harvardstudie: www.bulletinofinsectology.org/pdfarticles/vol67-2014-125-130lu.pdf

Bioprodukte und Tierwohl

Fortbildung für Ökoprüfer

■ Kontrolleure von Bioprodukten sollen besser darin geschult werden, das Tierwohl von Legehennen zu beurteilen. Ende April haben entsprechende Kurse für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von privaten Kontrollstellen und deren Aufsichtsbehörden begonnen. Das gab die Gesellschaft für Ressourcenschutz (GfRS) in Göttingen bekannt. Diese Ökoprüfstelle ist gemeinsam mit der Universität Kassel, der hessischen Landesökobehörde und dem Regierungspräsidium Gießen Trägerin des Schulungskonzepts. Geplant ist, die Tierwohlkurse auf andere Tierarten zu erweitern. [mbu]

- www.gfrs.de

EU-Honigrichtlinie

Undurchsichtiger Gentechnik-Honig

■ In der EU gilt Pollen im Honig künftig als „natürlicher Bestandteil“, nicht mehr als Zutat. Dementsprechend änderten die EU-Mitgliedstaaten im Mai die Honigrichtlinie. Eine Folge: Importierter Honig mit Pollen von beispielsweise Gentechnikraps muss nicht gekennzeichnet werden. Bei der Abstimmung enthielt sich Deutschland nicht, sondern stimmte der Änderung zu. Das Europäische Parlament hatte die Änderung der Honigrichtlinie bereits in erster Lesung beschlossen, sodass die Novelle bald in Kraft treten wird.

Die Grünen im Bundestag kritisierten das Abstimmungsverhalten Deutschlands. „Im Unterschied zur Genmais-Abstimmung hätte heute schon die Enthaltung Deutschlands und nur eines weiteren kleineren EU-Staates gereicht, um den ungekennzeichneten Genhonig zu stoppen. Die Bundesregierung hat stattdessen explizit zugestimmt und damit gezielt das ‚Honig-Urteil‘ des Europäischen Gerichtshofes von 2011 ausgehebelt“, sagte der gentechnikpolitische Sprecher Harald Ebner. Das Gericht hatte entschieden, dass gentechnisch verunreinigter Honig nicht ohne entsprechende Kennzeichnung verkauft werden darf. [mbu]

- Schlussfolgerungen des EU-Ministerrats 08.05.14: www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/142542.pdf

Genpflanzenzulassung EU

MON810 bleibt in Frankreich verboten

■ Nach Medienberichten vom Mai gilt das Anbauverbot der gentechnisch veränderten Maissorte MON810, das die Regierung in Paris im April beschlossen hat, weiterhin. Das oberste Verwaltungsgericht Frankreichs lehnte Einwände dagegen ab. Das Gericht begründete seine Entschei-

dung damit, dass der Landwirtschaft durch das Verbot „kein schwerer und sofortiger wirtschaftlicher Schaden“ entstehe. Frühere MON810-Verbote in Frankreich waren juristisch gekippt worden. [mbu]

- www.keine-gentechnik.de (5. Mai)

Genpflanzenzulassung national

Grüne Gentechnik in EU-Ländern nicht genehm

■ Abgeordnete des deutschen Bundestags haben Ende April parteiübergreifend einen Vorschlag gemacht, mit dem das umstrittene Zulassungsverfahren von gentechnisch veränderten Pflanzen in der EU reformiert werden soll. Eine aktuelle Studie des Bundesamtes für Naturschutz (BfN) bestätigt unterdessen die deutliche Ablehnung der Agrogentechnik in Deutschland.

Die sechs Bundestagsabgeordneten aus allen Parteien fordern mehr Möglichkeiten für nationale Anbauverbote von Genpflanzen. Das sogenannte Opt-out, das Griechenland vorgeschlagen hatte, lehnen sie allerdings ab, da sie Rechtsunsicherheit und noch mehr Einfluss der Gentechnikkonzerne befürchten. „Der griechische Vorschlag weitet den Einfluss von Unternehmen deutlich aus und setzt sie gewissermaßen mit Nationalstaaten gleich: In der ersten Phase agieren die antragstellenden Unternehmen auf Augenhöhe mit den jeweiligen Mitgliedstaaten, die ein nationales Anbauverbot erreichen wollen“, heißt es in dem Papier, das die Parlamentarier am Wochenende an die übrigen Volksvertreterinnen und -vertreter schickten. Dass die EU-Kommission Ansprechpartnerin für die Konzerne bleiben soll, reicht den deutschen Politikern nicht. Aus ihrer Sicht würde das Verfahren dadurch noch intransparenter und der parlamentarischen Mitsprache vollkommen entzogen werden.

Die Kritiker aus dem Bundestag befürworten hingegen die Entschließung des Bundesrats vom 11. April und die kritische Haltung des EU-Parlaments. Die Mehrheit der Bundesländer will auch, dass EU-Mit-

gliedstaaten den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen auf ihrem Gebiet verbieten können. Direkte Verhandlungen mit Gentechnikkonzernen lehnen die Bundesländer aber ab.

Als im April der zuständige Ausschuss der EU-Kommission über die Genehmigung von zwei Genpflanzen beriet, enthielt sich Deutschland erneut der Stimme, wodurch keine Entscheidung zustande kam. Der grüne Bundestagsabgeordnete Harald Ebner forderte die Bundesregierung auf, sich nicht weiter zu enthalten, wenn es um ein gentechnikfreies Europa geht.

Eine aktuelle Studie des Bundesamts für Naturschutz, die Ende April veröffentlicht wurde, gibt den Kritikern aus dem Bundestag recht: Demnach sind 84 Prozent der Bürger in Deutschland dafür, gentechnisch veränderte Organismen in der Landwirtschaft zu verbieten. Im letzten Spezial-Eurobarometer zum Thema Biotechnik (2010) hatten sich 61 Prozent der Befragten in der Europäischen Union gegen Gentechnik in Nahrungsmitteln ausgesprochen. [mbu]

- ▶ Parteiübergreifender Vorschlag:
www.kurzlink.de/butag-gentech04.2014
- ▶ BfN-Info zur Studie:
www.kurzlink.de/bfn-naturstudie2013
- ▶ Entschließung Bundesrat:
www.kurzlink.de/burat-gentech04.2014

NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT

LIFE-Programm

Finanzierungsmöglichkeiten ausgeweitet

■ Für die aktuelle Periode des LIFE-Programms für Umweltschutzvorhaben von 2014 bis 2017 gibt es eine gesonderte Förderung für private Projekte zu Ökosystemdienstleistungen, Biodiversitätsoffsets und Energieeffizienz. Das geht aus einem mehrjährigen Arbeitsprogramm des Programms hervor, das die Europäische Kommission im April angenommen hat.

Demnach sollen zusätzliche 30 Millionen Euro aus einer Finanzierungsquelle für Naturkapital, für private Investments zur Erstattung von Ökosystemdienstleistungen und für Biodiversitätsoffsets aufgewendet werden. Biodiversitätsoffsets sind umstritten, denn sie erlauben Unternehmen, die für Projekte Natur zerstören, an anderer Stelle Ausgleichsmaßnahmen oder -zahlungen zu leisten. Außerdem werden 80 Millionen Euro zur privaten Finanzierung von Energieeffizienzmaßnahmen bereitgestellt. Die Mittel betreut die Europäische Investitionsbank. Das LIFE-Programm der Europäischen Kommission bietet Fi-

nanzierungsmöglichkeiten für Umwelt-, Natur- und Klimaschutzprojekte in den EU-Mitgliedstaaten. Insgesamt stehen im LIFE-Programm von 2014 bis 2017 1,3 Milliarden Euro für das Teilprogramm Umwelt und 450 Millionen Euro für das Teilprogramm Klimapolitik zur Verfügung. Die aktuelle Periode startete Anfang Januar. [ej]

- ▶ LIFE-Arbeitsprogramm 2014 bis 2017:
www.kurzlink.de/life2014-2017
- ▶ Website des LIFE-Programms:
ec.europa.eu/environment/life

Vogelschutz EU

NGO-Bündnis kämpft gegen illegale Vogeljagd

■ Mitgliedsverbände des europäischen Naturschutzverbandes BirdLife aus Italien, Griechenland und Spanien haben mit Mitteln des LIFE-Programms das Projekt „Safe Haven for Wild Birds“ gegründet. In Südwestsardinien, auf den Ionischen Inseln, in Westgriechenland und im Süden und Osten Spaniens sollen Aktionen und Informationskampagnen gegen das illegale Töten von Zugvögeln durchgeführt werden.



Für eine neue Agrar- und Esskultur

Einst war er Europas größter Fleischerzeuger, heute steht er wie kein anderer für eine artgerechte Lebensmittelproduktion. Mit den Herrmannsdorfer Landwerkstätten hat Karl Ludwig Schweisfurth einen ökologischen Vorzeigebetrieb geschaffen und zeigt damit eindrücklich, dass Fleischkonsum auch ohne Reue möglich ist – nämlich immer dann, wenn wir weniger, dafür aber »gutes Fleisch« verzehren, wenn wir die Tiere achten und artgerecht halten. Im vorliegenden Buch schildert er seinen Lebensweg vom Wurstbaron zum Auswärtsvegetarier.

K. L. Schweisfurth

Der Metzger, der kein Fleisch mehr isst ...

240 Seiten, Hardcover mit Schutzumschlag, 19,95 Euro, ISBN 978-3-86581-470-8
Erhältlich bei www.oekom.de, oekom@verlegerdienst.de

Die guten Seiten der Zukunft

 oekom

Die EU-Vogelschutzrichtlinie und die Berner Konvention, das UN-Abkommens zum Schutz wandernder Vogelarten, schützen die Millionen von Vögeln, die jedes Jahr zwischen ihren Brut- und Überwinterungsgebieten wandern. Trotzdem wird im Mittelmeerraum häufig gegen die Richtlinie verstoßen. Innerhalb der letzten 40 Jahre ist die Zugvogelpopulation in Europa deshalb stark zurückgegangen. Im Projekt sind vor allem Umweltbildungs- und -informationsmaßnahmen in Italien, Spanien und Griechenland geplant. Eine erste Kampagne ist bereits angelaufen. Neben Workshops mit BürgerInnen, politischen EntscheidungsträgerInnen, regionalen Strafverfolgungsbehörden und in Schulen soll es auch eine Wanderausstellung geben.

Zudem hat die EU-Kommission im Mai die italienische Regierung aufgefordert, die Jagd mit lebenden, extra als Köder gefangenen Wildvögeln zu unterbinden. Diese Praxis verstößt laut Kommission gegen die EU-Vogelschutzrichtlinie. Wenn die italienische Regierung diese Jagdmethode nicht verbietet, droht eine Klage beim Gerichtshof der Europäischen Union. [ej]

- ▶ Mitteilungen des NABU: www.nabu.de/newsletter/birdlife/14_04_Newsletter.pdf
- ▶ EU-Vogelschutzrichtlinie: www.kurzlink.de/vogelschricht

Natura 2000

Niederlande darf A2 nicht weiterbauen

■ Die in einem Natura-2000-Schutzgebiet gelegene Autobahn A2 nahe der niederländischen Stadt Brielle darf nicht erweitert werden. Das urteilte der Gerichtshof der Europäischen Union im Mai und gab dem Naturschutz damit Vorrang gegenüber privatwirtschaftlichen Investoreninteressen.

Zuvor hatte die niederländische Regierung dem Bauvorhaben ihre Zustimmung erteilt, denn weil das Austrocknen anliegender geschützter Graslandflächen abzusehen war, sollte das Schutzgebiet an anderer Stelle aufgewertet werden. Dieses Urteil revidierte der Gerichtshof der EU, da er durch den Eingriff trotzdem die Integrität des Schutzgebiets verletzt sah. Zudem wäre der Effekt von Ausgleichsmaßnahmen schwierig vorherzusehen und, wenn überhaupt, erst in mehreren Jahren sichtbar.

Laut der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie, der Gesetzesgrundlage für das Natura-2000-Gebietsnetz, ist die Beschädigung von Schutzgebieten nur bei außerordentlichem öffentlichem Interesse zulässig. Dieses sah der Gerichtshof der EU im Fall des Autobahnausbaus nicht.

Umweltverbände begrüßen das Urteil. „Projekte wie dieser Straßenausbau in den Niederlanden, die ohne Rechtfertigung das Überleben von Arten in Natura-2000-Gebieten gefährden, sind illegal und dürfen nicht erlaubt werden“, sagte Wouter Langhout von BirdLife Europe. [ej]

- ▶ Entscheidung des Gerichtshofs der EU: www.kurzlink.de/curia15052014
- ▶ Stellungnahme BirdLife Europe: www.kurzlink.de/bleu14052014

Studie Naturbewusstsein

Deutsche wollen mehr Wildnis

■ Die Deutschen mögen naturnahe Wälder und Flussauen, lehnen Gentechnik ab und wollen mehr Wildnis. Das geht aus der Studie zum Naturbewusstsein 2013 hervor, die das Bundesumweltministerium (BMUB) und das Bundesamt für Naturschutz (BfN) Ende März vorgestellt haben.

Laut der Studie wollen 42 Prozent der Deutschen, dass mehr Naturflächen sich selbst überlassen werden. 62 Prozent der Befragten gaben an, dass ihnen wilde Natur am besten gefalle. Demgegenüber finden

Nachhaltigkeit

A-Z



E wie Entwicklungschancen

Stadtbewohner(innen) essen, was die Landbevölkerung produziert – und ignorieren die mit der Lebensmittelversorgung verbundenen Verantwortungen und Chancen. Der Raumplaner und Blogger Philipp Stierand möchte dies ändern und beleuchtet die Hintergründe städtischer Lebensmittelversorgung. Er zeigt anhand der internationalen Diskussion und vieler Praxisprojekte, wie wir die Aufgabe einer nachhaltigen urbanen Lebensmittelversorgung in Angriff nehmen können.

Philipp Stierand
Speiseräume
Die Ernährungswende beginnt in der Stadt

224 Seiten, broschiert, 19,95 Euro, ISBN 978-3-86581-670-2

Erhältlich bei
www.oekom.de | oekom@verlegerdienst.de

Die guten Seiten der Zukunft 

nur 36 Prozent, Wälder sollten „ordentlich“ aussehen. In der Befragung ermittelte das BfN nach 2009 und 2011 bereits zum dritten Mal die Einstellung der Bundesbürgerinnen und -bürger zur Natur. Nun wurde zum ersten Mal schwerpunktmäßig das Verhältnis der Deutschen zur Wildnis abgefragt.

Des Weiteren stimmten 95 Prozent der Befragten darin überein, dass Nationalparks einen wichtigen Beitrag zum Schutz von Tieren und Pflanzen leisten. Eine Minderheit sieht in Nationalparks eine Gefahr für Forst- (21 Prozent) und Landwirtschaft (16 Prozent). Auch die Zustimmung für die Rückkehr und Ausbreitung heimischer Wildtiere in der Bevölkerung wächst. Vor allem Biber, Luchs und Wildkatze sind beliebt. Jedoch wollen nur 48 Prozent der Befragten, dass Waschbären in Deutschland an Boden gewinnen. 44 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Studie sind gegen eine weitere Ausbreitung von Wölfen.

Zudem findet eine Mehrheit der Deutschen naturnahe Flüsse schöner als begradigte und sieht Flussrenaturierungen als wichtige Maßnahme zum Hochwasserschutz. Der Naturschutzbund Deutschland (NABU) fordert deshalb von Bund und Ländern mehr Bemühungen zur Renaturierung heimischer Flüsse. „Die Menschen wollen lebendige Flüsse, nun ist die Politik am Zug“, sagte Leif Miller, Bundesgeschäftsführer des NABU, und appellierte an die Bundesregierung, das im Koalitionsvertrag vereinbarte Bundesprogramm Blaues Band für die Renaturierung von Flüssen und Auen schnell zu starten und mit den notwendigen finanziellen Mitteln auszustatten. Etwa drei Viertel aller natürlichen Auen in Deutschland sind deutlich bis stark verändert. An den großen Flüssen sind sogar bis zu 90 Prozent der ursprünglichen Auen ganz verschwunden. [ej]

- ▶ Studie Naturbewusstsein 2013: www.bfn.de/0309_naturbewusstsein.html
- ▶ Stellungnahme NABU: www.kurzlink.de/nabu30042014
- ▶ NABU zum Blauen Band: www.kurzlink.de/nabublauba

Wölfe

Nur wenige Bundesländer sind vorbereitet

■ Anlässlich des Tags des Wolfes hat der Naturschutzbund Deutschland (NABU) Ende April das Wolfsmanagement der Bundesländer analysiert und kritisch bewertet. Seit 2000 wurde der Wolf in allen Bundesländern außer in Baden-Württemberg, Bremen und dem Saarland nachgewiesen. In sechs Bundesländern leben inzwischen sogar wieder dauerhaft Wölfe.

Laut NABU sind allein Sachsen und Brandenburg gut auf das Zusammenleben mit dem Wolf eingestellt. Er analysierte das Wolfsmanagement, die Vollständigkeit von Wolfsmanagementplänen, Monitoringstrukturen, Entschädigungs- und Förderrichtlinien für TierhalterInnen und die Öffentlichkeitsarbeit der Bundesländer. Die schlechtesten Zeugnisse hat der NABU den Stadtstaaten, Hessen, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und dem Saarland ausgestellt. In diesen Bundesländern gibt es noch nicht einmal Wolfsmanagementpläne.

„Brandenburg und Sachsen als Spitzenreiter hatten zwar schon länger Zeit, das Zusammenleben mit dem Wolf wieder zu lernen. Doch auch durch Hessen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz zogen nachweislich schon Wölfe hindurch. Daher ist das Ausharren der Landesregierungen hier unverständlich. Jedes Bundesland muss damit rechnen, dass künftig dauerhaft Wölfe innerhalb ihrer Landesgrenzen leben. Daher müssen die Länder mit allen Beteiligten zusammenarbeiten: mit Schafzuchtverbänden, Naturschutz- und Jagdverbänden“, sagte NABU-Wolfsexperte Markus Bathen.

Vollständige Wolfsmanagementpläne gibt es bisher allein in Brandenburg, Sachsen, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern. Um den Schutz des Wolfes sicherzustellen fordert der NABU, eine bundesweite „Kompetenzstelle Wolf“ einzurichten, in der Daten zum Wolf erfasst und länderübergreifend koordiniert werden sollten. [ej]

- ▶ www.kurzlink.de/nabu30042014-2

Vogelschutz national

Umweltministerium startet Rotmilan-Schutzprojekt

■ Ein neues Projekt im Bundesprogramm Biologische Vielfalt des Bundesumweltministeriums (BMUB) soll die Lebens- und Brutbedingungen für den Rotmilan verbessern. Weltweit brütet die Mehrheit der Greifvögel in Deutschland, ihr Bestand geht jedoch seit Jahren zurück. Das Bundesprogramm Biologische Vielfalt fördert Projekte, die den Rückgang der biologischen Vielfalt in Deutschland stoppen und in einen positiven Trend umkehren wollen.

Um deutsche Landschaften rotmilanfreundlicher zu machen, setzt das im Mai angelaufene Projekt auf praktische Schutzmaßnahmen, Veränderungen der Förderung der Landwirtschaft und Informationskampagnen für LandwirtInnen. So sollen Brutbäume neu gepflanzt, der Grünlandanteil in den Projektgebieten erhöht und der Anbau von Hackfrüchten und Luzernen gefördert werden. „Bis 2020 soll die Population des Rotmilans wieder deutlich ansteigen. Dafür müssen wir ihm vor allem bessere Lebensbedingungen in der Agrarlandschaft bieten. Das wird am Ende nicht nur den Greifvögeln helfen, sondern auch vielen anderen bedrohten Arten“, sagte Rita Schwarzelühr-Sutter, Parlamentarische Staatssekretärin beim BMUB.

Das BMUB fördert das Projekt mit 1,8 Millionen Euro. Es umfasst 14 Teilvorhaben in acht Bundesländern. Abschließend wird der Dachverband Deutscher Avifaunisten den Erfolg der durchgeführten Schutzmaßnahmen auswerten. [ej]

- ▶ www.kurzlink.de/bmub81/14

Verbandsklage

Kein Kunstschnee in den Alpen

■ Der Deutsche Alpenverein (DAV) und der Bund Naturschutz (BN) haben im Mai am Münchner Verwaltungsgericht Klage gegen den Ausbau der Beschneigungsanlagen im Skigebiet Sudelfeld eingereicht. ▶

Damit soll ein Baustopp erreicht werden. Die Pläne am Sudelfeld bei Bayrischzell überträfren jeglichen bisherigen Ausbau von Beschneigungsanlagen im bayerischen Alpenraum, erklärten beide Verbände in München. Damit sei eine rote Linie überschritten. Unterstützt wird die Klage vom Verein zum Schutz der Bergwelt, von CIPRA Deutschland, den NaturFreunden Deutschlands, Mountain Wilderness Deutschland und der Gesellschaft für ökologische Forschung.

Am Sudelfeld ist ein Speicherbecken für 150.000 Kubikmeter Wasser geplant. Mit dem Wasser könnten bis zu 250 Schneekanonen zusätzlich betrieben werden. 17 Kilometer Leitungen sollen im Erdreich verlegt werden. In der ersten Phase sollen rund zwölf Millionen Euro investiert werden. Die bayerische Regierung will den Ausbau der Beschneigungsanlagen am Sudelfeld fördern – das hat der Landtag Anfang Mai beschlossen. Möglich sind maximal 35 Prozent Staatszuschuss bei voraussichtlich 45 Millionen Euro Gesamtkosten.

„Was am Sudelfeld passiert, hat Signalwirkung für den gesamten bayerischen Alpenraum. Ein solch massiver Ausbau der Beschneigung am Sudelfeld wäre ein herber Rückschlag für den Naturschutz und würde falsche Zeichen für die Tourismusentwicklung in Bayern setzen. Deshalb haben wir uns erstmals für den gerichtlichen Weg entschieden,“ sagte der Vizepräsident des DAV Ludwig Wucherpfennig. [mbu]

- Gemeinsame Presseerklärung von BN und DAV: www.kurzlink.de/dav-klage-sudelfeld

TIERSCHUTZ & ETHIK

Tierversuche

Wann kommt das Ende?

■ Anlässlich des Internationalen Tages zur Abschaffung der Tierversuche am 24. April hat der Bundesverband Menschen für Tierrechte an die Bundesregierung appelliert, endlich einen Masterplan zum Aus-

stieg aus den Tierversuchen zu erarbeiten. Durch die aktuelle EU-Tierversuchsrichtlinie sei Deutschland dazu verpflichtet, die tierversuchsfreie Forschung durch eine konsequente Förderung zu unterstützen. „Es reicht, wir Tierrechtsverbände werden das Klima deutlich verschärfen! Die Tierversuche steigen von Jahr zu Jahr, werden mit hohen Summen gefördert und Deutschland ist im EU-Vergleich traurige Spitze im Tierversuchssektor“, sagt der Vorsitzende des Bundesverbandes Menschen für Tierrechte Kurt Simons.

Der Verband monierte auch das fehlende Prüfrecht der Genehmigungsbehörden für Tierversuchsanträge. Da die deutschen Behörden keine Überprüfungen durchführen dürften, würden viele qualvolle Tierexperimente fortgesetzt. [rm]

- www.kurzlink.de/tier-versuche-14-itt

Gewalt gegen Nutztiere

Bedrohung Schlachter

■ In den vergangenen drei Jahre haben in Dänemark rund 7.400 geschlachtete Schweine Schlagverletzungen aufgewiesen. Nur etwa 200 dieser Fälle hätten Behörden bestätigt und sanktioniert. Das sind die Ergebnisse einer Studie von WissenschaftlerInnen der Universität Kopenhagen im Auftrag der Dänischen Veterinär- und Lebensmittelbehörde, über die die Tageszeitung Taz im Mai berichtete. Insgesamt 65 Millionen Schweine aus 16 großen Schlachthäusern haben die ForscherInnen untersucht. Der Autor Søren Saxmose Nielsen bilanziert, dass die meisten Tiere 5 bis 14 Verletzungen hätten, eines sogar 50. Der Vorsitzende der Tierschutzorganisation Animal Rights Watch (Ariwa) Jürgen Foß sagte, die Arbeit in der Tierindustrie und das berufsmäßige Töten von Tieren stelle für die Betroffenen eine starke psychische Belastung dar. Diese führe dann häufig zu gesteigerter Aggressivität. [vw]

- www.taz.de/Pruegelfleisch-aus-Daenemark/138328 (12.Mai)
- www.ariwa.org

Medikamente in Tierhaltung

Antibiotikaresistente Wurst

■ Medienberichten zufolge haben die Grünen Rohwurstsorten mithilfe einer Stichprobenanalyse auf Antibiotikaresistenz prüfen lassen. Sie haben 63 Wurstwaren auf sogenannte ESBL-Keime (extended-spectrum beta-lactamases), die bestimmte Arzneien unwirksam machen, untersuchen lassen. In 16 Prozent der Lebensmittel ließen sich ESBL-Keime nachweisen, vor allem Putenprodukte sind mit einem Anteil von 66 Prozent stark gefährdet. Landwirte verwenden prophylaktisch Antibiotika, um Krankheiten bei der Massenproduktion von Fleisch zu verhindern. Das führt zu der Immunität gegen diese Medikamente. Grünen-Politikerin Bärbel Höhn warnt: „Dieses System der Massentierhaltung produziert resistente Keime gegen Antibiotika, die wir als Menschen über das Wurstbrot zu uns nehmen. Das ist eine tickende Zeitbombe.“ [vw]

- Spiegel online (21.05.2014): www.kurzlink.de/spon-esbl-keime

UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

Europa 2020

Bürgermeinung zur Wachstumsstrategie gefragt

■ Im Rahmen der Halbzeitbewertung der Wirtschaftsstrategie EU 2020 hat die EU-Kommission eine öffentliche Konsultation geschaltet. BürgerInnen, Zivilgesellschaft und Unternehmensvertretende können ihre Einschätzung der bisherigen Umsetzung der Strategie darlegen und Vorschläge für Schwerpunkte der nächsten Jahre machen. Die Ergebnisse sollen in den Zwischenbericht einfließen, dessen Veröffentlichung die Kommission für Anfang 2015 ankündigt. Frist für die Beteiligung an der Konsultation ist der 31. Oktober. Umweltverbände fordern, der Strategie im Rah-

men der Überarbeitung ein Ressourcen-schonungsziel hinzuzufügen. Hauptkritikpunkt an der Strategie ist ihre Fokussierung auf Wirtschaftswachstum, dem sich andere Ziele unterordnen müssen. KritikerInnen fordern deshalb eine Wiederbelebung der europäischen Nachhaltigkeitsstrategie. [am]

► www.kurzlink.de/konsult-europa2020

Politikkontrolle

FactCheckEU und LobbyCloud

■ FactCheckEU ist Europas erste Crowd-checking-Plattform, die den Wahrheitsgehalt von Aussagen über die EU prüfen soll. LobbyCloud soll für mehr Lobbytransparenz sorgen. Beide Plattformen sind seit Anfang Mai online.

Das Projekt FactCheckEU soll Äußerungen zur europäischen Integration, zu Energie- und Umweltthemen sowie zur Landwirtschaft überprüfen und damit sicherstellen, dass Politiker sich an die Fakten halten. Gemeinsam mit dem FactCheckEU-Team können die Nutzer und Nutzerinnen Äußerungen hochladen und verifizieren. Träger des Projekts ist die Non-Profit-Organisation NumbersEU. Die Stiftung Mercator fördert das Projekt.

LobbyCloud ist eine neue Website, die eine höhere Transparenz von Lobbyaktivitäten im EU-Parlament garantieren soll. Dieses neue, von OpenDataCity entwickelte Instrument erlaubt es Nutzern, Lobbydokumente zu veröffentlichen, indem sie diese per E-Mail (ue.duolcybbol@stnemuod) an die Website senden oder anonym hochladen. Die Europaabgeordneten bekommen oft Vorschläge von Lobbyisten. Manchmal übernehmen sie diese direkt in ihre Gesetzesentwürfe. Die neue Website soll diese Dokumente sichtbar, auffindbar und verständlich machen und dadurch die Transparenz der politischen Prozesse und der Aktivitäten des Parlaments verbessern. Die Fraktion der Grünen/EFA im EU-Parlament unterstützt das neue Instrument. [bv]

► www.factcheckeu.org/de
 ► www.lobbycloud.eu

Europawahl I

Ergebnisse der DNR-Wahlprüfsteine

■ Im April hat die EU-Koordination des Deutschen Naturschutzrings (DNR) Fragen zu den Themen Klima & Energie, Agrarpolitik, TTIP & CETA sowie Naturschutz & Biodiversität an alle KandidatInnen für die Europawahl geschickt. Die Auswertung der Parteiantworten ist in einem Steckbrief zusammengefasst. Ein Ampelsystem gibt einen Überblick über die Positionen in den einzelnen Themenfeldern. Außerdem sind die Aussagen der Parteien und KandidatInnen zu den unterschiedlichen Themen kurz dargelegt. Die Wahlprüfsteine basierten auf umweltpolitischen Kernforderungen zur Europawahl, die von 20 deutschen Umweltverbänden unter dem Dach des DNR getragen werden (umwelt aktuell 04.2014, S. 30). [am]

► DNR-Steckbrief Wahlprüfsteine:
www.kurzlink.de/dnr-parteiencheck-ep

Europawahl II

Naturfreunde für soziale und umweltgerechte EU

■ Anlässlich der Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai fordern die Naturfreunde Internationale (NFI) ein soziales und ökologisches Europa. Dazu haben sie ihre Forderungen an das zukünftige Europäische Parlament in einem Positionspapier zusammengefasst.

Die Naturfreunde fordern neben Solidarität und sozialem Zusammenhalt ein nachhaltiges Wachstum und Perspektiven für junge Menschen sowie Vermögensbesteuerung. Darüber hinaus möchten sie, dass sich das neue Europäische Parlament für die Regulierung des Finanzsektors und ökologische und faire Steuersysteme einsetzt. Zudem wollen sie mehr Demokratie, Beteiligung und Zugang zum Recht sowie die Sicherung des Weltfriedens ohne Militäropakete. Sie wollen eine

Europäische Union mit globaler Verantwortung und Gleichheit vor dem Recht für alle Bürgerinnen und Bürger. [bv]

► NFI-Forderungen:
www.nfi.at/dmdocuments/EPElectionsDE.pdf

EU-Parlamentarier

Deutsche VolksvertreterInnen am aktivsten

■ Einer neuen Studie von VoteWatch Europe zufolge haben die deutschen Europaabgeordneten in der jetzt endenden Legislaturperiode die meisten Berichte in Gesetzgebungsverfahren geschrieben – und zwar gut 0,8 pro Parlamentarier. Die deutschen EU-Abgeordneten nahmen an 87 Prozent der Abstimmungen im EU-Parlament teil. Spitzenreiter bei den Abstimmungen sind die österreichischen Abgeordneten mit über 90 Prozent. Die Studie bewertet die Aktivität der Parlamentarier anhand der Anzahl der geschriebenen Berichte und der schriftlichen Anfragen und Stellungnahmen, Wortmeldungen im Plenum, Petitionen sowie der Abstimmungsbeteiligung. Insgesamt waren die EU-Abgeordneten aus den 15 alten Mitgliedstaaten in den vergangenen fünf Jahren deutlich aktiver als ihre Kollegen aus den 13 neuen. [bv]

► www.votewatch.eu/en/news.html#3904

Transparenz I

Korruption in den EU-Institutionen

■ Transparency International hat Ende April einen Bericht zu den Korruptionsrisiken in den EU-Institutionen veröffentlicht. Danach sind die zehn untersuchten Institutionen der Europäischen Union durch Schlupflöcher und schlechte Umsetzung von Regeln zu Ethik, Transparenz und Finanzkontrolle anfällig für Korruption. ►

„Die EU-Institutionen haben viel getan, um ihr Haus in Ordnung zu bringen. Aber in den letzten Jahren wurde das Fundament durch komplexe Regeln, Selbstgefälligkeit und fehlendes Follow-up unterlaufen“, sagte Carl Dolan, Direktor des EU-Büros von Transparency International. Die Wahlen des Europäischen Parlaments im Mai seien eine gute Gelegenheit zu reflektieren, wie die EU-Institutionen besser der Öffentlichkeit dienen können. [bv]

- ▶ www.kurzlink.de/transparency-eu-inst
- ▶ EU Integrity System Report (engl.): www.kurzlink.de/eu-integrity-report

Transparenz II

EU-Abgeordnete wollen gläsernes Lobbying

■ Mit großer Mehrheit hat sich das Plenum des Europäischen Parlaments dafür ausgesprochen, das EU-Lobbyregister künftig verpflichtend zu machen. Bis Ende 2016 soll die EU-Kommission dementsprechende Regeln erarbeiten. Bis dahin will sich das Parlament damit behelfen, Lobbyisten zum Eintragen in das Lobbyregister zu motivieren, indem es bestimmte Zugangsrechte zum Parlament daran knüpft.

So sollen nicht registrierte Organisationen nur noch beschränkten Zugang zu den Parlamentsgebäuden haben und der Zugang zu Informationen für registrierte LobbyistInnen erleichtert werden. Außerdem sollen Abgeordnete die InteressenvertreterInnen bei Gesprächen dazu auffordern, sich zu registrieren.

Im Transparenzregister der EU geben die eingetragenen Organisationen Auskunft über ihr Budget und Lobbymethoden. Aktuell sind nach Schätzungen der EU-Kommission 60-75 Prozent der aktiven Lobbyorganisationen im Transparenzregister eingetragen. Die Kandidaten zur Europawahl konnten auf einer neuen Website www.politicsforpeople.eu das Versprechen geben, sich als Abgeordnete des künftigen Europäischen Parlaments

für Demokratie und für die Bürgerinnen und Bürger sowie gegen den Einfluss von Big Business und der Finanzlobbys einzusetzen. [am, bv]

- ▶ www.kurzlink.de/ep-transparency
- ▶ www.politicsforpeople.eu

Transparenz III

Zusammensetzung von Expertengruppen

■ Die Europäische Ombudsfrau Emily O'Reilly hat bis zum 31. August eine öffentliche Konsultation über die Zusammensetzung von Expertengruppen der EU-Kommission gestartet. Hintergrund sind Beschwerden über eine unausgewogene Zusammensetzung der Expertengruppen. Durch die Konsultation sollen alle Interessierten die Möglichkeit bekommen, ihre Meinung zu äußern. Die Ombudsfrau will sich bei der Untersuchung auf die dringlichsten Probleme konzentrieren. [rm]

- ▶ www.kurzlink.de/expert-eu-konstult

VERKEHR & TOURISMUS

2020-Verkehrsziele

CO₂-Ziel abgehakt, Erneuerbarenziel verfehlt

■ Europäische Autohersteller haben das EU-Ziel für den durchschnittlichen CO₂-Flottenverbrauch von 130 Gramm Kohlendioxid pro Kilometer (g CO₂/km) für 2015 bereits erreicht. Das geht aus einem Bericht der Europäischen Umweltagentur (EEA) hervor. Einer anderen von der EU-Kommission in Auftrag gegebenen Studie zufolge werden bis 2020 jedoch voraussichtlich nur 8,7 von angestrebten 10 Prozent der Energie im Verkehrssektor erneuerbar sein.

Laut der EEA lag der CO₂-Ausstoß von Neuwagen 2013 im Schnitt vier Prozent unter den Vorjahreswerten. Damit läge er momentan bei 127 Gramm CO₂/km. Allerdings merkt die EEA an, dass die Werte aufgrund der aktuellen Testverfahren für Hersteller nicht zwangsläufig den Bedingungen auf der Straße entsprechen.

Die mangelhaften Verfahren zur Messung des CO₂-Ausstoßes von Neuwagen kritisieren auch Umweltverbände und fordern, neue Methoden einzuführen, die den Kraftstoffverbrauch und CO₂-Ausstoß realistisch abbilden. Laut dem ökologischen Verkehrsclub Deutschland (VCD) liegen die tatsächlich erzielten Kraftstoffverbräuche etwa ein Viertel über den in Messverfahren ermittelten Werten. Somit wäre auch der CO₂-Ausstoß um einiges höher. Deshalb möchte die EU-Kommission ab 2017 ein neues Testverfahren einführen.

Die Hauptgründe für die Verfehlung des Erneuerbarenziels im Verkehr sind laut der gemeinsamen Forschungsstelle der EU-Kommission der zukünftige Energiemix in der EU und ein zu erwartender geringerer Absatz von Biokraftstoffen. Die Forschungsstelle mahnt, die EU werde ihr Ziel sogar noch weiter verfehlen, wenn die von der Kommission geplante Deckelung für die als erneuerbaren Energien anrechenbaren Biokraftstoffe umgesetzt wird. [ej]

- ▶ www.eea.europa.eu/highlights/new-cars-meet-co2-target
- ▶ www.kurzlink.de/vcd02052014
- ▶ www.kurzlink.de/ecjrcbiof2013

Öffentlicher Personennahverkehr

Tickets zum Nulltarif

■ Das in Oberschlesien gelegene Żory hat als erste polnische Stadt den kostenfreien Personennahverkehr eingeführt. Seit Mai können die Einwohnerinnen und Einwohner der 60.000-Einwohner-Stadt alle Busse ohne Fahrschein nutzen. Dies meldete der Online-Informationsdienst Infoseite-Polen Anfang Mai. „Wir sind überzeugt, dass der

kostenlose Nahverkehr unseren Einwohnern den Zugang zu Bildung-, Kultur-, Sport- und Naherholungseinrichtungen erleichtert. Unsere Stadt entwickelt sich schnell, neue Siedlungen und neue Firmen befinden sich häufig abseits des Zentrums, durch den kostenlosen Nahverkehr werden die Entfernungen mit Sicherheit besser überbrückt", sagte Waldemar Socha, der Stadtpräsident von Żory.

Auch im belgischen Hasselt war der öffentliche Personennahverkehr von 1997 bis 2013 kostenfrei. In der Folge haben sich die Arbeitsplätze und Umsätze in der Innenstadt von Hasselt verdreifacht. In Deutschland gab es Ende der Neunzigerjahre zwei Testprojekte zum kostenfreien Personennahverkehr in Lübben und in Templin, die nach der Testphase jedoch eingestellt worden sind. Das Bündnis Free Public Transport setzt sich weltweit für Konzepte kostenlosen Personennahverkehrs ein und hat auf seiner Website ein Verzeichnis von Städten mit fahrscheinlosem Verkehr veröffentlicht. [ej]

- ▶ www.infoseite-polen.de/newslog/?p=10772
- ▶ www.freepublictransports.com

Elektromobilität

Grünes Licht für E-Autos

■ Das Verkehrs- und das Umweltministerium (BMVI, BMUB) haben sich Ende April auf Kriterien zur Förderung von Elektroautos geeinigt. Laut Handelsblatt wird damit festgelegt, welche Fahrzeuge als Elektroautos gelten und welche Privilegien sie erhalten sollen. Demnach sollen auch Hybridfahrzeuge bevorzugt behandelt werden. So sollen Fahrzeuge gefördert werden, die entweder nicht mehr als 50 Gramm Kohlendioxid pro Kilometer ausstoßen oder mindestens 30 Kilometer – ab 2018 sogar 40 Kilometer – rein elektrisch zurücklegen können. Außerdem dürften FahrzeughalterInnen Busspuren und Sonderparkplätze mitbenutzen. [ej]

- ▶ Handelsblatt online:
www.kurzlink.de/hb24042014

WASSER & MEERE

Artenschutz

Lärmstress für Wale wächst

■ Weil die Menschen immer mehr Technik in den Meeren einsetzen, können Wale sich kaum noch verständigen. Das geht aus einer Anfang Mai veröffentlichten Studie des Umweltbundesamtes (UBA) hervor. Hierfür untersuchten WissenschaftlerInnen seismografische Suchgeräte und deren Einfluss auf Meeressäuger in der Antarktis.

Diese sogenannten „Airguns“ stoßen pulsierende Luftwellen aus, um Rohstoffquellen unter dem Meeresboden zu finden. Die dabei entstehenden Geräuschwellen überlagern die Schallwellen der Meeressäuger in einer Entfernung bis zu 2.000 Kilometer. Die Wale sind aber auf ihr Gehör angewiesen, um Jagdbeute oder potenzielle Partner zu finden. Der wachsende Lärm im Meer ist bisher hauptsächlich auf Schiffsmotoren zurückzuführen. Aber auch Offshorewindkraftanlagen, Plattformen und Bohrtürme tragen zum störenden Geräuschpegel bei. [rp]

- ▶ UBA-Studie (PDF):
www.kurzlink.de/uba-wal-laerm0514

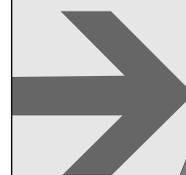
EU-Fischerei

Subventionen unter Dach und Fach

■ Das Europäische Parlament hat Mitte April mit der Abstimmung über den Meeres- und Fischereifonds die Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) abgeschlossen. Anfang Mai stimmte dann auch der für Fischerei zuständige EU-Ministerrat offiziell zu. Europäische Umweltorganisationen begrüßten den Beschluss grundsätzlich, kritisierten aber, dass er hinter der ambitionierten Reform der Grundverordnung der GFP zurückbleibe.

Nachhaltigkeit

A-Z



E wie Erfolgsrezepte

In den letzten zehn Jahren hat sich die weltweit installierte Windkraftleistung fast verzehnfacht. Gut fürs Klima – und lukrativ für Hersteller und Industrie.

Während der bisherige Ausbau der Windenergie stark von deutschen und europäischen Unternehmen bestimmt wurde, sind inzwischen vor allem chinesische und amerikanische Unternehmen international führend. Zeit also, die Strategien und Erfolgsrezepte einer boomenden Branche zu prüfen.

Sarina Keller
Die deutsche Windindustrie auf dem internationalen Markt
Erfolgsfaktoren für Unternehmen
414 Seiten, broschiert, 39,95 Euro,
ISBN 978-3-86581-659-7

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de

 **oekom**

Die guten Seiten der Zukunft

In den nächsten sieben Jahren sollen Fördergelder beispielsweise in selektivere Fischfangausrüstung oder die Überwachung des Rückwurfverbots fließen. Aber auch der Austausch von Motoren bleibt weiterhin förderfähig, auch für große Trawler. Damit fördere die EU weitere Überkapazitäten in dem Sektor, monierte das NGO-Bündnis Seas at Risk. Für neue Fangboote können Fischer hingegen keine Zuschüsse aus Brüssel mehr erwarten. Bis 2020 stellt die EU dem Meeres- und Fischereisektor rund 6,5 Milliarden Euro über den Fonds zur Verfügung. [am]

- www.seas-at-risk.org
- www.ocean2012.eu

EU-Fischerei II

Treibnetze künftig komplett verboten?

■ Die EU-Kommission hat im Mai einen Vorschlag eingereicht, ab 2015 den Fischfang mit Treibnetzen in EU-Gewässern zu verbieten.

Treibnetze fischen die oberen Teile der Gewässer ab, indem sie auf oder kurz unter der Wasseroberfläche schwimmen. Derzeit sind nur Treibnetze mit einer Länge bis 2,5 Kilometer erlaubt und auch diese nur unter Auflagen und zu bestimmten Jahreszeiten, erklärte die EU-Kommission. Für weit wandernde Arten wie Thunfisch oder Schwertfisch sind sie untersagt, in der Ostsee sind sie ganz verboten. Da dies schwer zu überwachen ist, häufen sich illegale Fänge. Viele geschützte Tierarten landen als Beifang in den Netzen. Ein generelles Verbot für Treibnetzfischerei soll das in Zukunft verhindern.

„Wir müssen alle möglichen Schlupflöcher schließen und die Kontrolle und Durchsetzung durch die nationalen Behörden vereinfachen“, sagte die EU-Kommissarin für maritime Angelegenheit und Fischerei Maria Damanaki. [rp]

- Kommissionsvorschlag: www.eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:52014PC0265

Blaue Wirtschaft

Wem nutzt die Kartierung des Meeresbodens?

■ Die EU-Kommission will die Ressourcen der Meere künftig stärker als Motor für Wachstum nutzen. Dazu haben die EU-Kommissarinnen für Meere und Innovation Maria Damanaki und Máire Geoghegan-Quinn Anfang Mai in Brüssel einen Innovationsplan für meeresbasierte Wirtschaft vorgestellt. Eines der zentralen Projekte des Plans soll die digitale Kartierung des Meeresbodens sein. Außerdem sollen sich Meeresforschungsprojekte stärker austauschen und Ergebnisse teilen. In einem neu geschaffenen Forum sollen sich Wirtschaft, WissenschaftlerInnen und Zivilgesellschaft an der Entwicklung der sogenannten blauen Wirtschaft beteiligen.

Die Kommission betont bei ihren Aktivitäten stets, dass die verstärkte wirtschaftliche Nutzung der Meere nachhaltig sein soll. Hauptziele der Agenda sind jedoch nicht der Natur- und Ressourcenschutz, sondern Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen.

Unter dem Motto „Ein anderes Meer ist möglich“ setzten sich zivilgesellschaftliche Akteure im Mai auf einer Konferenz in Bremen kritisch mit dem Thema blaue Wirtschaft auseinander. In einer Abschlussklärung forderte das breite Bündnis aus Umwelt- und Entwicklungsorganisationen eine Entschleunigung des globalen Wettlaufs um die Ressourcen des Meeres. So sollen die Tiefsee unangetastet bleiben, Überfischung beendet und ausreichend große „Nullnutzungszonen“ im Meer eingerichtet werden.

In der jüngsten Ausgabe des Robinwood-Magazins widmet sich die Umweltorganisation dem Thema Blaue Wirtschaft mit der Titelgeschichte Blue Growth – wie die Meere industriell ausgebeutet werden. [am]

- www.ec.europa.eu/maritimeaffairs/policy/marine_knowledge_2020/index_en.htm
- www.fair-oceans.info
- www.robinwood.de

Offshorewindenergie

Verstößt Windpark gegen Meeresschutzrecht?

■ Der NABU hat im April gegen die Genehmigung des Offshorewindparks Buntendiek vor Sylt Klage beim Bundesverwaltungsgericht eingereicht. Hintergrund ist ein vom NABU in Auftrag gegebenes Gutachten, das zeige, dass der Windpark gegen die EU-Vogelschutzrichtlinie und die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie verstoße (umwelt aktuell 03.14, S. 27).

Aus Sicht der Naturschützer hätte der Windpark nie genehmigt werden dürfen. Deshalb habe man nun Klage gegen die Bundesrepublik, vertreten durch das Bundesamt für Naturschutz, eingereicht. Der NABU befürchtet, dass der Windpark angrenzende Natur- und Vogelschutzgebiete beeinträchtigt. Insbesondere der entstehende Lärm beim Einrammen der Windkraftanlagen könne die hier heimischen Schweinswale stören. [am]

- NABU, Meeresexperte Dr. Kim Cornelius Detloff, Berlin, Tel. +49 (0)30/28498416-26, www.nabu.de

Ostsee

Planloser Schutz wirkt nicht

■ Mehr als 30 Prozent der maritimen Schutzgebiete der Ostsee haben keine Managementpläne. Dadurch sei kein wirkungsvoller Schutz des Ökosystems Ostsee möglich. Zu diesem Ergebnis kommt eine Anfang Mai veröffentlichte Studie der Meeresschutzorganisation Ozeana.

Die gewünschte Erholung des Lebensraums Ostsee sei dadurch gefährdet. Fischerei sei aus keinem Schutzgebiet völlig verbannt, obwohl sie Brutplätze und Nahrungsquellen der Meerestiere beeinträchtigt. Einzelne Bereiche der Ostsee als Schutzgebiet zu deklarieren, reiche aber nicht aus, sagte Ozeanas Meeresexpertin Christine Abel. „Der Fokus muss auf eine bessere Ausgestaltung und Umsetzbarkeit gelegt werden.“

In dem Bericht stellt Ozeana alle Meereschutzgebiete des Natura-2000-Netzwerks und des HELCOM-Abkommens zum Schutz der Meeresumwelt im Ostseeraum der neun Ostsee-Anrainerstaaten vor. [rp]

► www.oceana.org

Deutsche Meere

Zweiter Band der Roten Liste

■ Als gefährdet bis ausgestorben gelten 501 Fischarten, Wirbellose und Großalgen in der deutschen Nord- und Ostsee. Das Bundesamt für Naturschutz (BfN) veröffentlichte Anfang Mai seine aktuelle Rote Liste der Meeresorganismen.

Nur knapp ein Drittel der untersuchten 1.700 Arten sei nachweislich nicht gefährdet, heißt es in dem Hintergrundpapier des BfN. Ursache seien die Fischerei mit Grundschleppnetzen sowie der Kies- und Sandabbau. Sie zerstörten den Lebensraum am Meeresboden. In Küstennähe gelangten Düngemittel ins Wasser und förderten die übermäßige Algenblüte. Auch fremde Arten, Schadstoffe, Kunststoffabfälle und die Erwärmung des Wassers belasteten die Meeresbewohner. [rp]

► Hintergrundpapier des BfN: www.bit.ly/1j6Fh3i

Elbvertiefung

250.000 Euro sollen fließen

■ Rund eine Viertelmillion Euro will der Bund in diesem Jahr für die geplante Elbvertiefung ausgeben. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Grünen-Bundestagsfraktion im April hervor. Die Summe könne durch Preissteigerungen und Planänderungen auch noch weitersteigen, heißt es in der schriftlichen Antwort.

Währenddessen hat eine Hamburger Bürgerinitiative eine Onlinepetition gegen die Elbvertiefung gestartet. Sie fordert ein bundesweites Hafenkonzzept ohne „Klein-staaterei“ und weist auf durch die Vertiefung bedrohte Arbeitsplätze in Fischerei und Tourismus hin. Die Elbvertiefung liegt derzeit auf Eis, bis das Leipziger Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) über die Rechtmäßigkeit der Baupläne geurteilt hat. Die Verhandlungen sollen im Juli beginnen. Geklagt hatten die Umweltverbände BUND und NABU wegen eines Verstoßes gegen zwei EU-Naturschutzrichtlinien. In einem ähnlichen Fall hatte das BVerwG letzten Sommer das Europäische Gericht angerufen (umwelt aktuell 02.14, S. 27; 08.13, S. 26). [am]

► Antwort der Bundesregierung: www.bundestag.de/presse/hib/2014_04/2014_196/02.ht

WIRTSCHAFT & RESSOURCEN

TTIP-Handelsabkommen

Transparenzoffensive nur heiße Luft?

■ Im Mai hat die Europäische Kommission ihre Position für fünf Bereiche der geplanten transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) mit den USA veröffentlicht: Chemikalien, Kosmetika, Arzneimittel, Kraftfahrzeuge und Textilwaren. Im Chemikalienbereich haben die EU und die USA sehr unterschiedliche Regulierungsansätze. Laut der EU-Kommission ist daher weder eine Harmonisierung noch eine gegenseitige Anerkennung von Standards möglich. Stattdessen sieht die EU aber beispielsweise bei der Klassifizierung und Kennzeichnung von Chemikalien Potenzial zur Zusammenarbeit.

Die selbst betitelt „Transparenzoffensive“ der Kommission ist auf die große öffentliche Kritik der vergangenen Monate zurückzuführen. Die Öffentlichkeit musste sich bisher mit geleakten Mandaten zufriedengeben. Im Mai haben 178 Organisationen aus der EU und den USA einen gemeinsamen offenen Brief an den

B U C H T I P P



Ökologisch, fair ...

... Ihr Einkaufsführer für nachhaltigen Konsum und gutes Leben!

Jetzt NEU!
für Nordrhein-Westfalen!
... dort wo es Bio-Produkte gibt.

G U T S C H E I N :

... für kostenlose Exemplare, bitte gewünschte Ausgabe(n) ankreuzen, Ihre Adresse und € 1.45 Porto in Briefmarken pro Buch an uns senden.

| | |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> Hamburg/Schleswig-Holstein | <input type="checkbox"/> Berlin/neue Bundesländer |
| <input type="checkbox"/> Nordrhein-Westfalen | <input type="checkbox"/> Niedersachsen/Bremen |

Verlag Das grüne Branchenbuch
Lasbeker Straße 9 - 22967 Tremsbüttel - Tel. 04532-21402
Fax: 04532-22077 - www.gruenes-branchenbuch.de
service@gruenes-branchenbuch.de

Umwelt-Aktuell 14.05.14

Nachhaltigkeit

A-Z

G wie
Geocaching

Geocaching nennt sich die moderne Variante der Schnitzeljagd. Das ist nur eine von vielen vorgestellten, sehr kreativen Möglichkeiten, digitale Medien in der Bildung für nachhaltige Entwicklung einzusetzen. Deren vielversprechendes didaktisches Potenzial zeigen zahlreiche anschauliche Beispiele und Praxisprojekte.

U. Michel, A. Siegmund, M. Ehlers,
M. Jahn, A. Bittner (Hrsg.)

**Digitale Medien in der Bildung
für nachhaltige Entwicklung
Potenziale und Grenzen**

200 Seiten, broschiert, komplett in Farbe,
24,95 Euro, ISBN 978-3-86581-429-6

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de


Die guten Seiten der Zukunft

europäischen Handelskommissar Karel de Gucht und den US-Handelsvertreter Michael Froman veröffentlicht. Darin fordern sie ebenfalls mehr Transparenz in den Verhandlungen. Fokus ist hier insbesondere die geplante regulatorische Kooperation und wie diese ausgestaltet werden soll. Die Organisationen fordern die Veröffentlichung der Verhandlungspositionen beider Seiten sowie des Verhandlungsstands. EU und USA verhandeln TTIP bereits seit Juli 2013, Ende Mai fand die 5. Verhandlungsrunde statt. [lr]

- ▶ www.kurzlink.de/5-bereiche-ttip
- ▶ www.kurzlink.de/offener-brief-ttip

TiSA-Handelsabkommen**Scharfe Kritik der Gewerkschaften**

■ Das geplante Abkommen zum Handel mit Dienstleistungen TiSA (Trade in Services Agreement) wird zurzeit unter Ausschluss der Öffentlichkeit und außerhalb des WTO-Rahmens verhandelt. Die EU und 22 weitere Vertragspartner, die zusammen 70 Prozent des weltweiten Handels mit Dienstleistungen ausmachen, sind derzeit Teil der Verhandlungen (unter anderem USA, Australien, Japan und Mexiko). Der Internationale Gewerkschaftsverband für den öffentlichen Dienst, Public Services International (PSI), übt starke Kritik an der geplanten Liberalisierung von Dienstleistungen. Das Abkommen sei „ein gezielter Versuch, den Profit der reichsten Unternehmen und Länder der Welt über die Interessen der Menschen zu stellen, die am stärksten auf öffentliche Dienstleistungen angewiesen sind“.

Das wissenschaftliche Institut des PSI hat einen Sonderbericht zu TiSA herausgegeben und die Informationen, die bisher über TiSA bekannt sind, bewertet. Die Studie ist in mehreren Sprachen, darunter Deutsch, online verfügbar.

„TiSA gehört zu einer Reihe neuer Handels- und Investitionsabkommen, die tendenziell die alarmierende Zielsetzung

verfolgen, auf der Grundlage gesetzlich verbindlicher Regelungen Investorenrechte zu institutionalisieren und Handlungsspielräume von Regierungen in Bereichen einzuschränken, die nur entfernt mit Handelsfragen zu tun haben.

TiSA wird zur Folge haben, dass Regierungen öffentliche Dienste nach gescheiterten Privatisierungen nicht wieder rekommunalisieren können, dass innerstaatliche Vorschriften zum Arbeits-, Umwelt- und Verbraucherschutz keinen Bestand haben und dass Regulierungsmöglichkeiten des Staates, wie die Lizenzierung von Gesundheitseinrichtungen, Kraftwerken und Abfallentsorgungsanlagen sowie die Akkreditierung von Schulen und Universitäten, eingeschränkt werden“, schreibt Rosa Pavanelli, Generalsekretärin von PSI, in ihrem Vorwort zur Studie. Am 8. Juli wird die zweite Verhandlungsrunde des Abkommens starten. [Quelle: UWD, lr]

- ▶ www.kurzlink.de/psi-tisa-studie

Unternehmensverantwortung**Verpflichtende Umwelt- und Sozialangaben**

■ Große Firmen mit mehr als 500 MitarbeiterInnen müssen ökologische und soziale Belange künftig in ihren Geschäftsberichten offenlegen. Über eine entsprechende Richtlinienänderung stimmte im April das EU-Parlamentsplenum ab und unterstützte damit einen im Februar gefundenen Kompromiss zwischen Rat und Parlament. Bisher waren diese Berichte freiwillig und werden laut EU-Kommission nur von zehn Prozent der großen Unternehmen eingereicht. Statt eines detaillierten Nachhaltigkeitsberichts reichen der neuen Richtlinie zufolge knappe Informationen, die notwendig sind, um sich ein Bild von Entwicklung, Geschäftsergebnissen oder Lage einer Gesellschaft zu machen. Die Mitgliedstaaten müssen dem Gesetzesvorschlag noch zustimmen. [am]

- ▶ www.kurzlink.de/pm-kom-csr

Netzwerk MultiKulturLandschaft – Naturschutz für alle

Natur- und Umweltschutz sind gesamtgesellschaftliche Handlungsfelder, die bislang von der Mehrheitsgesellschaft definiert werden. Menschen ausländischer Herkunft zu beteiligen, gilt als schwer zu bewältigende Aufgabe. Deshalb müssen positive Beispiele gefördert werden, fordert Finep.

■ Der Schutz und die bewusste Nutzung natürlicher Ressourcen sind wichtige Voraussetzungen für die Lebensqualität und die Zukunftssicherung aller Menschen. Menschen mit ausländischen Wurzeln haben bisher aus vielerlei Gründen kaum Zugang zu Aktivitäten des Natur- und Umweltschutzes gefunden. Umweltakteure selbst vermissen die Mitwirkung von MigrantInnen. Motivierende Projekte der Öffnung sind – abgesehen von Initiativen des interkulturellen Gärtnerns – kaum bekannt. Anknüpfend an den DNR-Bericht (2009) „Biodiversität (Er)leben und gestalten in Vielfalt“ sieht das Forum für internationale Entwicklung und Planung (Finep) den Handlungsbedarf insbesondere darin, die interkulturelle Öffnung des Natur- und Umweltschutzes in Form von Projekten zu unterstützen und Barrieren durch gemeinschaftliches Handeln zu senken. Barrieren sind beispielsweise kulturelle Hemmnisse oder ein abnehmendes langfristiges Engagement in Vereinen. Daher gilt es, die partizipative Entwicklung von Projekten zu fördern, die Begegnung und Naturerleben auf Augenhöhe ermöglichen. Dadurch werden interkulturelle Kompetenzen erlernbar und es findet eine Sensibilisierung zu Umweltfragen statt.

Kulturvielfalt unterstützen

Mit dem Modellprojekt MultiKulturLandschaft (2011-2013) und dem Nachfolgeprojekt Netzwerk MultiKulturLandschaft (2013-2015) verfolgt Finep das Ziel, in Baden-Württemberg Gruppen und engagierte Einzelpersonen aus den Bereichen Migration/Interkultur und Natur/Umwelt zu befähigen, interkulturelle Natur- und Umweltschutzvorhaben zu initiieren. Das Projekt Netzwerk MultiKulturLandschaft vernetzt in einem ersten Schritt haupt- und ehrenamtliche AkteurInnen unterschiedlicher Fachbereiche auf lokaler Ebene und

führt gemeinsame Interessen zusammen. Als Plattform dient je nach Ausgangssituation vor Ort ein formaler Rahmen, wie ein Regionalforum, oder ein informeller Rahmen wie ein Quartiersspaziergang.

In einem zweiten Schritt unterstützt Finep durch eintägige Fortbildungen Interessierte darin, Vorhaben eigenständig (weiter) zu entwickeln. Die Fortbildungen werden inhaltlich an den Lernbedarf der Teilnehmenden angepasst und enthalten zum Beispiel Aspekte des interkulturellen Trainings und der Bildung für nachhaltige Entwicklung. Schließlich fördert Finep die Umsetzung interkultureller Naturschutzvorhaben vor Ort durch Beratung sowie finanzielle und personelle Unterstützung. Bis Projektende sollen die Verbreitung guter Beispiele aus der Praxis über die projekteigene Homepage www.multikulturlandschaft.de und eine Handreichung zum Nachahmen motivieren.

„Als Naturschutzverein machen wir so viele Angebote zu Naturschutz und Umweltbildung, aber Menschen mit Migrationserfahrung nehmen sie nicht wahr“, beklagen manche Verbände. Ein zentraler Schlüssel für gelingende Projekte ist ihre partizipative Gestaltung. Auch wenn das bekannt ist, werden bisher die Ziele eines Projekts meist nur von der durchführenden Institution definiert. Gut gelingen Vorhaben, wenn Schlüsselpersonen dazu eingeladen werden, die in allen Phasen des Projekts, also von der Festlegung der Ziele über die Planung, Bewerbung, Durchführung und Evaluation mitwirken. Schlüsselpersonen sind VertreterInnen der Zielgruppen, die einen vertrauten Kontakt zu den Zielgruppen pflegen und gute MultiplikatorInnen sind. Bei der Gestaltung und Bewerbung von Angeboten ist neben der Mitwirkung von Schlüsselpersonen eine aufsuchende, aktivierende Haltung der Ini-

tiatorInnen wichtig. Diese Vorgehensweise benötigt Zeit und personelle Kapazitäten.

„Naturschutz ist eine Luxusaufgabe“: Wer diese Haltung vertritt, schließt die Partizipation von Menschen mit Migrationserfahrung von vornherein aus. Aber wer weiß schon, welchen Wert Natur und die heimische Kulturlandschaft für MigrantInnen haben? Heißt Heimat wirklich nur, einen Arbeitsplatz und eine Wohnung zu haben oder gehört hierzu auch das Verwurzelte sein, etwa in der eigenen Nachbarschaft oder in der natürlichen Umgebung? Partnerschaftliche Vorhaben in Natur- und Umweltschutz sind ein geeignetes Vehikel, um Beziehungen zu anderen Menschen aufzubauen und sich in die Gesellschaft einzubringen oder als aktiver Teil der Gesellschaft wahrgenommen zu werden. Hierdurch entsteht auch ein Mehrwert für den Natur- und Umweltschutz.

Wie ist die interkulturelle Naturschutzpraxis voranzubringen?

Die interkulturelle Öffnung des Natur- und Umweltschutzes ist eine Querschnittsaufgabe. Wer sie wahrnimmt, kann sowohl geeignete Lösungen für Fragen des Umweltschutzes als auch der Integration entwickeln. Integrations-, Umwelt- oder Agendabeauftragte sind als Hauptamtliche gefragt, die Schnittmengen ihrer Aufgabenbereiche zu definieren und eine Mittlerrolle einzunehmen, um lokale AkteurInnen zu vernetzen und bei eigenen Aktivitäten zu unterstützen.

Des Weiteren ist es wichtig, dass Projektträger und Förderer stärker individuelle Biografien und Erfahrungen ins Blickfeld nehmen und nicht ausschließlich die soziokulturelle Herkunft ins Zentrum rücken, wenn Menschen unterschiedlicher Kulturkreise angesprochen werden sollen. Dabei ist es paradox, dass Projektmittel häufig erst

durch die Definition von Zielgruppen akquiriert werden können, die eine ethnische Kategorisierung erfordert, um im Projekt selbst wieder eine Perspektive zu fördern, die sich von ethnischer Zuschreibung löst. Um Zielgruppen, wie „die Türken“ noch genauer zu definieren, ist Forschung erforderlich, die Umweltwahrnehmung mit der Migrationserfahrung und Lebensstilen verknüpft.

Erfahrungsaustausch bundesweit

Um den Anspruch an Partizipation und Kooperationen auf Augenhöhe realisieren zu können, ist es erforderlich, dass finanzielle Förderer Rahmenbedingungen schaffen, unter welchen sich partizipative Vorhaben gut umsetzen lassen. Prozesshafte Ansätze erfordern, dass Projektträger und Beteiligte einen Gestaltungsspielraum erhalten, in dem sie flexibel agieren können. Wenn die bislang wenigen engagierten und vereinzelt agierenden AkteurInnen darin unterstützt werden, partnerschaftliche Vorhaben zwischen Umwelt- und Migrantengruppen durchzuführen und diese partizipativ und auf Augenhöhe zu gestalten, kann die interkulturelle Öffnung des Natur- und Umweltschutzes weiter vorangebracht werden. Darüber hinaus ist es unbedingt erforderlich, relevante Vorhaben über interkulturelle Naturschutzpraxis und Forschung öffentlich zu machen. Deshalb müssen die Vernetzung und der Erfahrungsaustausch bundesweit gefördert werden.

[Nadja Horić, Petra Schmettow]

- ▶ www.finep.org
- ▶ www.multikulturlandschaft.de
- ▶ DNR-Bericht: www.dnr.de/downloads/projekt_biodiversitaet_32_endbericht_final2406.pdf

AUS DEN VERBÄNDE

Portraitserie

Mitglieder des DNR

■ Die 96 Mitgliedsorganisationen des DNR sind sehr vielfältig und haben unterschiedliche Schwerpunkte. Um den Leserinnen und Lesern

einen Überblick zu verschaffen, werden in dieser Rubrik in alphabetischer Reihenfolge die einzelnen Verbände in Form von Kurzportraits vorgestellt.

Gesellschaft für Naturkunde in Württemberg

Schon seit 1844 ist die Gesellschaft für Naturkunde in Württemberg eine freie Vereinigung von NaturwissenschaftlerInnen sowie Interessierten an der Naturkunde. Derzeit hat der Verein etwa 620 Mitglieder. Die Mitglieder der Gesellschaft haben sich zum Ziel gesetzt, die Erforschung vor allem der heimischen Natur zu fördern. Dem kommt der Verein mit Vortragsveranstaltungen, Exkursionen und Veröffentlichungen sowie durch die Vergabe von Preisen in den Fachgebieten Botanik, Zoologie, Ökologie, Geologie, Geophysik, Mineralogie, Paläontologie und Naturschutz nach. Um die Präsenz in ganz Württemberg zu steigern, haben sich schon im 19. Jahrhundert Vereinszweige gegründet. Beispielsweise entstand 1874 in Aulendorf so der oberschwäbische Vereinszweig. [rm]

- ▶ Gesellschaft für Naturkunde in Württemberg, Prof. Dr. Theo Simon, Stuttgart, Tel. +49 (0)7971 / 5595, E-Mail: simon-fichtenberg@gmx.de, www.ges-naturkunde-wuertt.de

Gesellschaft für Naturschutz und Ornithologie

Seit 1977 setzt sich die Gesellschaft für Naturschutz und Ornithologie Rheinland-Pfalz (GNOR) für den aktiven Naturschutz in Rheinland-Pfalz und Umgebung ein. Derzeit arbeitet die GNOR an der Herausgabe des Buchs „Die Vogelwelt von Rheinland-Pfalz“. Dieses auf drei Bände angelegte Werk wird erstmals in dieser Ausführlichkeit Auftreten, Verbreitung, Bestandsentwicklung sowie Gefährdung und Schutzmaßnahmen aller in diesem Bundesland festgestellten Vogelarten behandeln. Kapitel über Naturraum, Geschichte der Vogelforschung in Rheinland-Pfalz, Zusammenfassungen landesweiter Monitoringprogramme, Neozoen, Rote Liste oder Brutvogelgemeinschaften werden im ersten Band zusammengefasst. Die

GNOR sucht für dieses einmalige Werk der Vogelkunde von Rheinland-Pfalz noch Artpaten. Informationen dazu auf www.avifauna-rlp.de. Die Veröffentlichung des ersten Bands ist für Ende 2014 vorgesehen. [vv]

- ▶ Gesellschaft für Naturschutz und Ornithologie Rheinland-Pfalz, Michael Schmolz, Mainz, Tel. +49 (0)6131 / 671480, E-Mail: mainz@gnor.de, www.gnor.de

Global Nature Fund

Der Global Nature Fund ist eine internationale Stiftung für Umwelt und Natur. Seit 1998 setzt er gemeinsam mit lokalen Projektpartnern weltweite Schutzprojekte um. Dabei ist vor allem die Schnittstelle zwischen Naturschutz und nachhaltiger Entwicklung in den Projektländern von Bedeutung. Die Einbindung lokaler Gemeinden in die Projektarbeit sichert die Nachhaltigkeit der Maßnahmen und befähigt die Menschen vor Ort, künftig eigenständig und vorausplanend zum Schutz ihres Naturerbes und ihrer Lebensgrundlage beizutragen. Ein Beispiel dafür ist das Mangroven-Renaturierungsprojekt in Südasien. Mithilfe der lokalen Bevölkerung werden in Thailand, Kambodscha, Indien und Sri Lanka über 100 Hektar degenerierter Mangrovenwald wiederaufgeforstet. Das schützt nicht nur wichtige Kohlenstoffspeicher und Ökosysteme, sondern schafft auch Einkommensmöglichkeiten und erhält das Habitat vieler Speisefischarten, auf die die lokale Landbevölkerung angewiesen ist. [vv]

- ▶ Global Nature Fund, Udo Gattenlöhner, Radolfzell, Tel. + 49 (0)77 / 329995-80, Fax: -88, E-Mail: info@globalnature.org, www.globalnature.org

Parlamentarischer Abend

Straßenbäume in Gefahr

■ Am 1. Juli findet in Berlin ein Parlamentarischer Abend zum Thema „Schutz von Straßenbäumen ist überfällig“ statt. Organisatoren der Veranstaltung sind der Deutsche Naturschutzring (DNR) und die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW).

Die Umweltverbände wollen auf eine Fehlentwicklung im Umgang mit Straßenbäumen aufmerksam machen. In Deutschland werden seit einiger Zeit in großem Umfang Bäume abgeholzt, die weniger als 8,5 Meter entfernt zum Straßenrand stehen. Grundlage dafür ist die Richtlinie für passiven Schutz an Straßen des Bundesverkehrsministeriums aus dem Jahr 2010. Diese soll auch auf Landes- und Kreisstraßen umgesetzt werden.

Eine Alternative zum Baumfällen ist das Anbringen von Leitplanken. Weil es in der Regel aber billiger ist, die Bäume zu entfernen als Schutzeinrichtungen zu schaffen, entscheiden sich die Straßenbauverwaltungen meist für das Abholzen. Die Vertreter von DNR und SDW diskutieren mit den zuständigen Politikerinnen und Politikern des Bundestags und den Chefs der Staats- oder Senatskanzleien. [mbu]

- ▶ Deutscher Naturschutzring (DNR), Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-70, E-Mail: deutscher.naturschutzring@dnr.de, www.dnr.de
- ▶ Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW), Bonn, Tel. +49 (0)228 / 94598-30, E-Mail: info@sdw.de, www.sdw.de

Ferienwandern 2014

Noch Plätze frei

■ Beim Deutschen Wanderverband können Interessierte erfahren, wo es noch freie Angebote für geführte Wanderungen gibt – sei es in den Bergen oder an der See. [red]

- ▶ www.wanderbares-deutschland.de
- ▶ www.wanderverband.de

PREISE UND AUSSCHREIBUNGEN

Generationengerechtigkeit

Preis für faire Gesetze

■ Die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (Srzg) als gemeinnütziger

Thinktank an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik hat 2014 erstmals den „Legislativpreis für Generationengerechtigkeit“ verliehen. In Zukunft soll dieser in jedem Jahr einer Bundestagswahl vergeben werden. Es handelt sich um einen undotierten Preis für ein Gesetz, das darauf abzielt, entweder eine Problematik oder Ungerechtigkeit zulasten der zukünftigen Generation zu beseitigen oder die künftige Generation vor weiteren drohenden Lasten zu schützen, sich also besonders im Sinne der Generationengerechtigkeit engagiert zu haben.

Dieses Jahr würdigte die SRZG zusammen mit der Humboldt-Viadrina School of Governance am 8. April den Atomausstieg und die Energiewende. Der Preis wurde an die jüngsten Abgeordneten der vier Bundestagsfraktionen, Clara Hermann (die Grünen), Mahut Özdemir (SPD), Steffen Kanitz (CDU) und Diana Golze (Linke) überreicht und soll das Langfristdenken in unserer Demokratie stärken sowie Politik zu generationengerechtem Denken motivieren. [Ragna Bergk]

- ▶ www.nachhaltigkeits-check.de

Blauer Engel-Preis 2014

Gute Gesundheit und Umwelt im Mittelpunkt

■ Noch bis zum 25. Juni können sich Unternehmen, Initiativen oder öffentliche Einrichtungen für die Auszeichnung des Blauen Engel-Preises bewerben. Besonders auf positive Umwelt- und Gesundheitseffekte durch unternehmerisches Engagement will die Jury bei der Preisvergabe achten. Bereits zum dritten Mal verleihen die Jury Umweltzeichen, das Bundesumweltministerium das Umweltbundesamt sowie die Vergabestelle RAL Umwelt den Blauen Engel-Preis. Dieser soll die Gewinner auszeichnen, die sich am meisten für das Umweltzeichen Blauer Engel und damit für den Naturschutz eingesetzt haben. [rm]

- ▶ www.blauer-engel-preis.de

Nachhaltigkeit

A-Z



L wie Lebensmittelindustrie

Unsere Lebensmittel gehen durch zahlreiche Hände: Erzeuger, Verarbeiter, Händler – die Wertschöpfungskette ist lang. Viele Akteure haben ihre Verantwortung zwar im Blick, dennoch gelingt es ihnen häufig nicht nachhaltig zu wirtschaften. Helfen kann den Akteuren dabei dieses Buch, das die Hot-Spots benennt und anhand von Kriterienkatalogen die Analyse im eigenen Unternehmen erleichtert.

C. Emmermann
Stakeholderbasierte Nachhaltigkeitsbewertung von Produkten
Stakeholderbasierte Nachhaltigkeitsbewertung von Produkten

410 Seiten, broschiert, 39,95 Euro,
ISBN 978-3-86581-489-0

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de

oekom

Die guten Seiten der Zukunft

TERMINE

JUNI

10.06., Hamburg (D)
Foulspiel – Brasilien vor der WM. Diskussion
 ► Heinrich-Böll-Stiftung Hamburg, Tel. +49 (0)40 /

3895270, E-Mail: info@umdenken-boell.de, www.umdenken-boell.de

11.06., Leipzig (D)

Wege aus dem Wachstumszwang. Vortrag von Daniela Kolbe (SPD)

► BUND Leipzig, www.kurzlink.de/bundleipzig11-6-2014

11.06., Berlin (D)

NABU-Moorschutzkonferenz

► NABU, Anna Erb, anna.erb@nabu.de, www.kurzlink.de/nabumoorschutz110614

11.06., Suhl (D)

Der Fleischatlas – Ein Blick über den Tellerrand. Vortrag

► Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen, calendar.boell.de/de/event/der-fleischatlas-ein-blick-ueber-den-tellerrand

13.06., Berlin (D)

Nach der EU-Wahl. AkteurlInnen, Themen, Strategien. Fachtagung

► Heinrich-Böll-Stiftung, Dr. Anne Ulrich, Tel. +49 (0)30 / 38534-120, E-Mail ulrich@boell.de, calendar.boell.de/de/event/nach-der-eu-wahl

14.06., deutschlandweit

16. GEO-Tag der Artenvielfalt

► www.kurzlink.de/16-geotag-artenvielf

16.–17.06., Berlin (D)

Kohleausstiegs-Workshop

► Heinrich-Böll-Stiftung, Deutsche Umwelthilfe, European Climate Foundation und Powershift, Inka Bosch, bosch@boell.de

23.06., Berlin (D)

Die demografische Chance: Alt und Jung für eine ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltige Gesellschaft – Was gemeinsam fordern? Wo gemeinsam handeln? Workshop

► Deutscher Naturschutzring, Theresa Klostermeyer, Tel. +49 (0)30 / 6781775-87,

E-Mail: theres.klostermeyer@dnr.de, www.nachhaltigkeits-check.de/blog/demografische-chance

25.–26.06., Tutzing (D)

Energiewende im ländlichen Raum. Tagung

► Evangelische Akademie Tutzing, Tel. +49 (0)8158 / 251-146,

E-Mail: programm@ev-akademie-tutzing.de, www.kurzlink.de/eva-tutzing25-6-2014

26.06., Heilbronn (D)

Natur in der Stadt – Stand und Perspektiven zur ökologischen Funktion des kommunalen Grüns.

Fachtagung

► Bundesverband Beruflicher Naturschutz, Bundesamt für Naturschutz, Deutsche Gartenamtsleiterkonferenz e.V., www.bbn-online.de/start.html

27.06., Freiburg (D)

Energiewende und Gewässerschutz.

Auswirkungen der EEG-Reform auf die europäischen Gewässerschutzziele. Seminar

► Grüne Liga, Bundeskontaktstelle Wasser, Michael Bender, Tel. +49 (0)30 / 403935-30, E-Mail: wasser@grueneliga.de, www.wrrl-info.de

28.06., Fellbach (D)

Windenergie + Natur = Möglich!?! Gemeinsam finden wir heraus wie. Tagung

► BUND Baden-Württemberg, Katharina Maaß, Tel. +49 (0)711 / 620306-26, E-Mail: projektstelle2@bund.net, www.bund-bawue.de/moeglich

29.06., Locom (D)

Endlagersuche – Zusammenarbeit von Endlager-Kommission und Öffentlichkeit

► Evangelische Akademie Locom, Monika Müller, E-Mail: monika.mueller@evlka.de, www.loccum.de

JULI

01.07., Berlin (D)

Schutz von Straßenbäumen ist überfällig.

Parlamentarischer Abend

► Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, Deutscher Naturschutzring, Anke Draheim, E-Mail: anke.draheim@dnr.de, www.kurzlink.de/dnr-sdw-01-07-2014

Umweltbildungs-Termine: siehe S. 36

Weitere Termine: www.dnr.de/termine

Impressum

umwelt aktuell Juni 2014

ISSN 1865-3901

Herausgeber: Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzverbände (DNR) e. V., Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177570, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

Verlag: oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: kontakt@oekom.de, www.oekom.de

Chefredaktion: Helga Inden-Heinrich [hih] (verantwortlich), Bjela Vossen [bv] (Europa und Internationales, verantw.), **Redaktion:** Marion Busch [mbu], Daniel Hiß [dh], Eric Janáček [ej], Stefanie Langkamp [sl], Antje Mensen [am], Lavinia Roveran [lr]. **Redaktionelle Mitarbeit:** Valentina Voß [vv], Robert Multrus [rm], Sabine Spilles [ssp], Reovadi Prapavat [rp], EU-Umweltbüro des Umweltdachverbandes [UWD]. **ökopäDNEWS:** siehe S. 36

Kontakt/Probehefte: Redaktion umwelt aktuell, Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177582, E-Mail: redaktion@dnr.de, www.umwelt-aktuell.eu

Schlusskorrektur: Gottind Blechschmidt, Augsburg.

Fotos: DLR (Titel), Grafik, S. 6 © Jörg Lange. **Grafik/DTP:** Marion Busch, Daniel Hiß. **Druck:** Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG, D-86399 Bobingen. Gedruckt auf Circleoffset White, 100 % Recycling, von Arjowiggins/Igepa group.

Erscheinungsweise: monatlich am Monatsanfang
Redaktionsschluss: 10. des vorhergehenden Monats

Abonnements/Bestellungen/Probeabos: InTime Media Services GmbH, D-82034 Deisenhofen, Tel. +49 (0)89 / 85853-570, Fax -62570, E-Mail: oekom@intime-media-services.de, www.oekom.de

Anzeigen: oekom verlag, Tabea Köster, München, Tel. +49 (0)89 / 544184-35, E-Mail: anzeigen@oekom.de

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion, des Herausgebers und des Verlags wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.



Umweltbildung kann Klimaschutz auf vielen Ebenen voranbringen

Bildungsangebote werden klimaneutral

Die Post versendet Briefe klimaneutral, Fluglinien bieten Kompensationszahlungen für Urlaubsreisen an – soll die Umweltbildung auch auf diesen Zug aufspringen? Bisher zeigt sie sich zurückhaltend. Doch Umweltzentren und auch freiberufliche Akteure der außerschulischen Bildung können einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten, indem sie die Klimaneutralstellung ihrer Veranstaltungsangebote als Qualitätsmerkmal und zugleich als Lerngegenstand begreifen.

□ In den meisten Umweltbildungseinrichtungen werden in Bildungsangeboten inzwischen vermehrt Bezüge zum Klimaschutz hergestellt. Die Erfassung der eigenen Treibhausgasemissionen und die Durchführung von konkreten Klimaschutzmaßnahmen in den Einrichtungen selbst kann jedoch oft noch optimiert werden. Einen möglichen Weg zeigt das Projekt „Klimaschutz als Aufgabe der außerschulischen Umweltbildung“ der ANU Hamburg. Es wurde von 2011 bis 2013 im Auftrag der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt durchgeführt und aus Mitteln des Hamburger Klimaschutzplans finanziert. Klimaschutz und Klimawandel noch stärker in Bildungsveranstaltungen aufzugreifen war ein wichtiger Baustein des Projekts. Dies ist den fünf projektbeteiligten Umweltbildungseinrichtungen in Hamburg gut gelungen.

Praktischer Klimaschutz

Bei Arbeitseinsätzen im Naturschutzgebiet Duvenstedter Brook im Nordosten Hamburgs tragen SchülerInnen dazu bei, die CO₂-Speicherfähigkeit von Mooren zu erhalten. Das Naturschutzinfohaus Elbe-Tideauenzentrum in der Hansestadt verbindet Exkursionen an die Elbe mit politischen Fragestellungen: Was haben Entscheidungen zur Elbvertiefung mit dem Klimawandel zu tun? GrundschülerInnen der Draußenschule probieren aus, wie man ohne Strom Wasser zum Kochen bringen kann und erfahren, warum es gut für das Klima ist, ab und zu Muskelkraft statt elektrischer Energie einzusetzen. Das eigentlich Neue daran ist: Die Angebote werden klimaneutral durchgeführt, das heißt die in Zusammenhang mit der Veranstaltung entstehenden Treibhausgasemissionen werden erfasst und kompensiert.

Klimafreundliche Veranstaltungen

Die ANU Hamburg hat eine Online-Planungshilfe für klimafreundliche Veranstaltungen entwickelt und auf ihrer Homepage veröffentlicht, um auch anderen Umweltbildungseinrichtungen den Einstieg in eine klimaneutrale Bildung zu erleichtern. Die größten Einsparpotenziale von Treibhausgasen liegen im Bereich Heizung, Strom und Mobilität. Schon bei der Veranstaltungsplanung auf Klimafreundlichkeit zu achten, ist der wichtigste Schritt. Dabei werden auch die TeilnehmerInnen frühzeitig einbezogen, indem zum Beispiel um eine klimafreundliche Anreise mit dem ÖPNV gebeten wird.

THEMENHEFT KLIMASCHUTZ IN BILDUNGSEINRICHTUNGEN

BildungsanbieterInnen können so selbst einige Kilo Kohlendioxid einsparen. Mindestens genau so wichtig ist es, dies auch als Inhalt des Bildungsangebots aufzugreifen und in die Lerninhalte zu integrieren. „Mach mit beim Klimaschutz und rede darüber“ sollte ein selbstverständliches Motto in der Umweltbildung werden. Bei der Veranstaltung „Wie schmecken die Jahreszeiten“ der ANU Hamburg beispielsweise wird das Thema Ernährung und Klimaschutz praktisch mit Kindern erprobt. Bei erwachsenen VeranstaltungsteilnehmerInnen entsteht ein wichtiger Multiplikatoreneffekt, wenn Veranstaltende bei eigenen Tagungen vegetarisches, regionales, saisonales und deshalb klimafreundliches Essen anbieten und das auch kommunizieren.

Kompensation

Der letzte Schritt auf dem Weg zu klimaneutralen Bildungsangeboten ist die Kompensation nicht vermeidbarer Emissionen. Auch

dieser Schritt sollte transparent gestaltet sein. Es gibt inzwischen die Möglichkeit, Briefe und Pakete „klimaneutral“ zu verschicken oder Flyer „klimaneutral“ drucken zu lassen. Hier kann die Umweltbildung ansetzen, indem sie den Prozess der Klimaneutralstellung als Qualitätsmerkmal und zugleich als Lerngegenstand versteht und in die Angebote integriert. VeranstaltungsteilnehmerInnen erfahren, wo Emissionen entstehen, wie sie gemindert und letzten Endes kompensiert werden können. So kann ein geschärftes Bewusstsein für Klimaschutz erreicht werden.

Klimaneutrale Bildungsorte

Die ANU Hamburg hat im Rahmen des Projekts gezeigt, wie Bildungseinrichtungen Klimaschutzmaßnahmen umsetzen können. Auch wenn nicht gleich jede Einrichtung dem guten Beispiel von NaturGut Ophoven als erstem klimaneutralen Umweltinformationszentrum Deutschlands folgen kann, sind einzelne Maßnahmen doch mit überschaubarem Aufwand durchführbar. Das Kerngeschäft der Umweltbildung, die Bildungsangebote selbst in den Blick zu nehmen, ist eine weitere Möglichkeit, vor allem, da hier die Teilnehmenden besonders gut am Klimaschutz miteinbezogen werden können. Die ANU Hamburg plant gemeinsam mit den beteiligten UmweltpädagogInnen, ihr Bildungsprogramm auf Gut Karlshöhe langfristig komplett klimaneutral anzubieten.

Silvia Schubert und Lore Otto,
ANU Hamburg

- ▷ www.anu-hamburg.de
- ▷ www.klima-kollekte.de
- ▷ www.naturgut-ophoven.de
- ▷ www.gut-karlshoehe.de
- ▷ www.moorfutures.de

BLICKPUNKT

Atmosfaire CO₂-Kompensation

Technologische Innovation wie der Einsatz von erneuerbaren Energien sind ein notwendiger Bestandteil des Klimaschutzes, genauso wie der bewusstere Umgang mit den natürlichen Ressourcen. Seit 2003 bietet die Bonner gGmbH atmosfair ergänzend für unvermeidbare CO₂-Emissionen Kompensationsmöglichkeiten. Auch Bildungsprojekte können als Kompensatoren gefördert werden.

Atmosfair entstand als Gemeinschaftsinitiative des Reiseveranstalterverbandes forum anders reisen und der Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch. Klimabewusste können inzwischen außer Flugreisen auch Kreuzfahrten und Veranstaltungen oder einfach eine Wunschmenge Kohlendioxid kompensieren. Der Emissionsrechner auf der Homepage berechnet beispielsweise für Veranstaltungen den CO₂-Verbrauch nach den Parametern Teilnehmerzahl, Gebäudealter und -größe, Anfahrt, Verpflegung (bio, vegetarisch, regional und saisonal), Dauer, Materialien(-transport) und Übernachtungen. BNE-Anbieter können auf diesem (Um-)Weg ihre eigenen Veranstaltungen wie mehrtägige Workshops, Versammlungen und Tagungen oder auch nur einzelne Lehrveranstaltungen klimaneutral anbieten. Eine Berechnung des Verbrauchs jedes Teilnehmenden verbunden mit der Möglichkeit zur sofortigen freiwilligen Kompensation wäre auch ein guter Multiplikationsansatz für mehr Klimabewusstsein.

Kompensiert wird dann durch atmosfair über die Förderung CO₂-sparender Projekte, die nach dem Clean Development Mechanism (CDM) Gold Standard zertifiziert sind. Hauptsächlich werden in Nichtindustrieländern Projekte aus dem Bereich Energieeffizienz, Windkraft, Biogas, Wasserkraft und Solarenergie gefördert. Aber auch Umweltbildungsprojekte können Zuschüsse erhalten.

Fifty/Fifty für den Klimaschutz

Bisher steht bei von atmosfair geförderten Projekten in Deutschland die Umweltbildung an Schulen im Vordergrund. Die einzelnen Projekte führen zwar nur zu geringen direkt messbaren CO₂-Einsparungen. Aber auch wenn sie nicht messbar sind, brauchen die Effekte eines gestärkten Klimabewusstseins Förderung.

Gefördert wird bereits das Projekt „50/50 Energiesparmeister an Schulen“, eine freie Initiative an über 3500 Schulen in Deutschland. Dabei erhalten die teilnehmenden Schulen 50 Prozent der durch bewusstes Nutzerverhalten eingesparten Energiekosten zur freien Verwendung. Die anderen 50 Prozent verbleiben beim Schulträger. Dieser Anreiz trägt zum Umwelt- und Klimaschutz sowie zur Senkung der Kosten bei. Klima und Energie wird dabei Gegenstand des Unterrichts, von Projekttagen, Arbeitsgemeinschaften und Exkursionen. Dafür brauchen die Schulen eine qualifizierte fachliche Betreuung. Die Fördergelder von atmosfair gehen an die Energieexperten, die die Schulprojekte vor Ort beraten und die Schüler- und Lehrerteams anleiten, sowie an die nötige Ausstattung mit Messinstrumenten, Versuchsmaterialien und Ähnlichem.

Energiesparmeister

Im Rahmen des bundesweit ausgeschriebenen Klimaschutzwettbewerbes „Energiesparmeister“ für Schulen übernimmt atmosfair seit 2009 Schulpatenschaften. Dabei wählt eine Expertenjury für jedes Bundesland eine Energie-

sparmeisterschule aus, die einen besonderen Beitrag zum Klimaschutz leistet. 2009 unterstützte atmosfair das Gymnasium Neutraubling finanziell beim Bau einer Solaranlage. Die Fotovoltaikanlage erzeugt pro Jahr circa. 1000 kWh klimafreundlichen Strom. Betrieben wird die Anlage von dem schulinternen Klimaschutz- und Solarförderverein.

Im Jahr 2011 hat atmosfair eine Patenschaft für die Heinrich-Mann-Schule aus Berlin-Neukölln übernommen, die den Bau eines energieautarken Raumes plant, der die Energie für die hocheffiziente Beleuchtung selbst erzeugt. 2012 war atmosfair Pate für die Lilli-Martius-Schule in Kiel und das THEPRA-Förderzentrum in Bruchstedt.

Auch außerschulische Bildungszusammenarbeit findet bereits statt, beispielsweise am Flughafen Stuttgart. Die Flughafenbetriebergesellschaft kooperiert mit der Universität Hohenheim im Bereich Bildung zum Thema Umwelt und Nachhaltigkeit. atmosfair ist hier Projektpartner des fairport STR Bildungsrundganges, einem Bildungsparcours am Flughafengelände. Die atmosfair-Station ist Teil dieses Parcours, der sich mit der Beziehung von Flugreisen zu Biodiversität, Gewässerschutz, emissionsfreier Mobilität oder Recycling beschäftigt. Spezielle Führungen zu Umwelt- und Nachhaltigkeitsthemen werden ebenfalls angeboten.

Im Gespräch ermuntert Robert Müller, zuständig für CDM Projekte bei atmosfair, auch ausdrücklich Bildungsprojekte, sich zu bewerben. „Bei der Förderung von Bildungsprojekten in Deutschland geht es nicht um nachweisbar eingespartes CO₂, deswegen rechnet atmosfair sich diese Projekte auch nicht als Einsparungen an. Das für die CO₂-Kompensation gespendete Geld wird für nachweisbare Einsparungen bei Projekten in Entwicklungs- und Schwellenländern verwendet.“ Bildungsprojekte in Deutschland seien ein kleines Extra-Angebot der gGmbH, um auch hierzulande Menschen einbeziehen zu können. „Um sich zu bewerben, reicht eine informelle Bewerbung, zum Beispiel eine Mail an mich. Wichtig ist eigentlich nur, dass sich das Projekt tatsächlich mit dem Klimaschutz und der Einsparung von Treibhausgasen beschäftigt.“ Auf diesem Weg kann auch die Umweltbildung vom wachsenden Klimaschutzbewusstsein profitieren.

[Lisa Hübner]

- ▷ www.atmosfair.de
- ▷ www.fifty-fifty.eu
- ▷ www.klima-sucht-schutz.de

ZUM THEMA

Nationale Klimaschutzinitiative**Bildungsförderung für den Klimaschutz**

□ Im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative fördert das Bundesumweltministerium Programme, die den Klimaschutz in Deutschland voranbringen. Dazu zählen Programme auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene, die den Herausforderungen des Klimaschutzes mit kreativen und innovativen Lösungen begegnen. Gefördert werden seit 2008 auch jedes Jahr Bildungsprojekte und Publikationen zu Klimaschutz in Schulen und Bildungseinrichtungen. Unterstützung bekommen auch kleinere Projekte wie Energiebildung für benachteiligte Jugendliche oder Energieeffizienzberatung für gemeinnützige Bildungseinrichtungen.

▷ www.klimaschutz.de

Handbuch**Klimabildung in der Natur**

□ Das NaturGut Ophoven hat sein Außengelände zu einem interaktiven Klima-Erlebnis-Park ausgebaut. Sieben Klima-Infostationen informieren die Besucher über Mobilität, Ernährung, Konsum, allgemeinen Klimaschutz und Klimawandel, Wohnen, Recycling und Papier. Jetzt hat das NaturGut ein Handbuch veröffentlicht, das mit detailreichen Beschreibungen der verschiedenen Installationen zum Nachbilden anregen möchte. Außerdem enthält das Handbuch fast 40 Spiele und fünf Unterrichtseinheiten zu Klimaschutz und Klimawandel, mit deren Hilfe Kinder auf interaktive Weise an das Thema herangeführt werden können.

▷ www.naturgut-ophoven.de

WWF Schweiz & Österreich**Unternehmen in der Verantwortung**

□ Engagierte Unternehmen haben sich in der Schweiz und in Österreich unter dem Namen WWF Climate Group zusammengeschlossen. Sie bekennen sich zu mehr Energieeffizienz und Nachhaltigkeit und kompensieren nicht vermeidbare CO₂-Emissionen. Der WWF und seine Partner wählen die so genannten Goldstandard-Projekte für die CO₂-Kompensation aus. Goldstandard ist das „Bio Suisse“-Label für CO₂-Kompensationen. Die Organisation, die das Label vergibt, wird von über 60 NGOs getragen und vergibt das Label nur, wenn folgende strengen Bedingungen erfüllt werden: Das Projekt trägt zu zusätzlichen CO₂-Reduktionen bei, involviert und beteiligt die lokale Bevölkerung. Es vermittelt Know-how und Erfahrungen mit einfachen Technologien in Entwicklungs- oder Schwellenländern bei und nimmt Rücksicht auf die Natur. Wo immer möglich, trägt es zur Erhaltung und Förderung der Biodiversität bei. Auch wenn das Programm die beteiligten Unternehmen noch nicht zur völligen Klimaneutralität bringt, ist es doch ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

▷ www.climategroup.at

▷ www.wwf.ch

AUS ANU UND UMWELTZENTREN

Save Our Future Umweltstiftung (S.O.F.)**Kindergiewende**

□ Tchibo Energie spendet im Rahmen der Kindergiewende seit dem 28. April für jeden neuen Ökostromkunden zehn Euro an die Bildungsinitiative „KITA21“, die die S.O.F. im Jahr 2008 ins Leben gerufen hat. Die mehrfach ausgezeichnete Initiative unterstützt Kindertageseinrichtungen mit Fortbildungen, Beratung und Materialien bei der Gestaltung von Bildungsarbeit zu

zukunftsrelevanten Themen wie Ernährung, Klimaschutz oder Konsum. Kinder können sich so spielerisch Kompetenzen aneignen, die ihnen die Mitgestaltung der Gesellschaft im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung ermöglichen. Kitas können sich ab sofort um eine zweckgebundene Förderung von bis zu 1.000 Euro bewerben.

▷ www.save-our-future.de/kindergiewende

Naturschule Freiburg**Weiterbildung Wildnispädagogik**

□ Die Wildnispädagogik der Naturschule Freiburg interessiert sich für die praktischen Fertigkeiten und die geistigen Fähigkeiten ursprünglich lebender Völker. Die Weiterbildung startet im September und umfasst insgesamt sechs Wochenenden. Ziel ist das Üben und Meistern verschiedener Wildnisfertigkeiten. Die Teilnehmenden sollen Wissen über wilde Pflanzen und Tiere sowie über ökologische Zusammenhänge erwerben, sich sicher und rücksichtsvoll in wilder Natur bewegen und aufhalten können sowie befähigt werden, mit anderen Menschen wildnispädagogisch zu arbeiten. Im Rahmen der Weiterbildung kann das Zertifikat „Wildnispädagoge/-in“ erworben werden.

▷ www.naturschule-freiburg.de/cms/angebot/wildnispaedagogike

WISSENSWERT

konzeptwerk neue ökonomie**Sommerwerkstatt**

□ Vom 11. bis 16. August veranstaltet das konzeptwerk neue ökonomie in Leipzig die Sommerwerkstatt „Wirtschaft anders machen – Konzepte für heute und morgen!“ für Teilnehmende zwischen 18 und

25 Jahren. Debattiert werden nachhaltige Wirtschaftssysteme, Postwachstumsökonomie, Gemeinwohlökonomie, solidarisches Wirtschaften und solidarische Landwirtschaft. Praktisch erfahren die Teilnehmenden, was Upcycling ist, wie ein Umsonstladen organisiert wird und wie ein nachhaltig geführtes Unternehmen aussehen kann.

▷ www.konzeptwerk-neue-oekonomie.org/sommerwerkstatt

UN-Dekade Biologische Vielfalt

Projektwettbewerb

□ Handbücher für den Unterricht, Expeditionsanleitungen für Kinder oder Workshops rund um die Artenvielfalt: Auch für solche „kleineren“ oder einmaligen Aktionen vergibt die deutsche Geschäftsstelle der UN-Dekade Biologische Vielfalt seit Neuestem das Prädikat „Beitrag zur UN-Dekade Biologische Vielfalt“. Damit können sich jetzt auch Veranstaltungen oder Publikationen um die Auszeichnung bewerben. Eine Bewerbung als UN-Dekade-Beitrag oder UN-Dekade-Projekt ist fortlaufend über die UN-Dekade-Webseite möglich. Bewerben kann sich jeder, der sich für die biologische Vielfalt, ihren Schutz und Erhalt einsetzt.

▷ www.un-dekade-biologische-vielfalt.de

Oro Verde

Bildungsmaterialien

□ Der Regenwald ist das zentrale Thema von Oro Verde. Passend dazu veröffentlicht die Tropenwaldstiftung Bildungsmaterialien für die Unterrichtsgestaltung, die sich Lehrende kostenlos herunterladen können. Einige Materialien sind für den fächerübergreifenden oder mehrsprachigen Unterricht auch auf Englisch erhältlich. Darüber hinaus sucht der Filmwettbewerb „Green movie. Green media“ noch bis zum 31. Juli Skripte, Filmideen, Storyboards rund um

das Thema biologische Vielfalt und Nachhaltigkeit. An diesem Tag endet auch die Teilnahmefrist für den Schülerwettbewerb „Schüler schützen Regenwälder“, der Projekte aller Art auszeichnet, die sich für den Schutz des Regenwaldes einsetzen.

▷ www.oroverde.de

Eine Welt Netz NRW

WasserheldInnen

□ Das Eine Welt Netz NRW und die BUNDjugend NRW bieten in dem Kooperationsprojekt „Einfach ganz ANDERS – Ganztagschule für mehr Nachhaltigkeit!“ ein eintägiges Training an. MultiplikatorInnen können drei neue Bildungsangebote für die Sekundarstufe I zum Thema Wasser trainieren und diese anschließend als Honorarkraft an Schulen durchführen. Trainiert werden ein Mini-Aktionstag, eine Projektwoche und die Konzeptionsmöglichkeiten längerfristiger Wasser-AGs an Schulen.

▷ www.eine-welt-netz-nrw.de

Nationale Abschlusskonferenz

UN-Dekade BNE endet

□ Die nationale Konferenz zum Abschluss der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ findet am 29. und 30. September im World Conference Center Bonn statt. An der Konferenz werden etwa 450 Aktive aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft teilnehmen. Eingeladen sind alle, die in den letzten zehn Jahren zum Erfolg der UN-Dekade BNE beigetragen haben und auch in Zukunft an der Ausgestaltung und Verstetigung von BNE beteiligt sein werden. Ziele der Konferenz sind unter anderem die Präsentation und Würdigung von zehn Jahren Dekade-Arbeit sowie die Auseinandersetzung mit den Stärken und Schwächen der Dekade-Umsetzung. Außerdem beschäftigen sich die Teilnehmenden mit der Verdeutlichung

der Relevanz von BNE für Gesellschaft, Politik und Wirtschaft sowie einem Ausblick auf das geplante Weltaktionsprogramm. Interessierte können sich bis zum 11. Juni unter Angabe ihrer beruflichen oder ehrenamtlichen Schwerpunkte sowie ihrer Motivation bewerben.

▷ www.bnekonferenz2014.de

UMWELTBILDUNGS-VERANSTALTUNGEN

Weitere aktuelle Termine finden Sie im Internet unter www.umweltbildung.de. Dort können Sie Ihre Termine auch selbst kostenlos einstellen.

11.–12.07.2014, Baden-Württemberg Nachhaltigkeitstage 2014

Alle, die nachhaltig denken, handeln und leben, sind aufgerufen, ihre Initiativen und Innovationen während der Nachhaltigkeitstage der Öffentlichkeit zu präsentieren und so auf ihre Art ein Zeichen zu setzen.

▷ www.nachhaltigkeitstage-bw.de

12.–20.07.2014, Bayern

Bayerische Klimawoche

Veranstaltungen zum Thema Klimaschutz, Exkursionen in die Natur, Vorträge, Ausstellungen und Workshops sollen zum Weiterdenken und Mitmachen anregen.

▷ www.klimaallianz.bayern.de/klimawoche

Impressum

Herausgeber

ökopädNEWS

ANU

Arbeitsgemeinschaft
NATUR- UND UMWELTBILDUNG
Bundesverband e.V.

Redaktion

Lisa Hübner (verantw.), oekopaednews@anu.de;
Annette Dieckmann, dieckmannl@anu.de

ANU-Bundesverband e. V.,
Kasseler Str. 1a, D-60486 Frankfurt/M.,
Tel. +49(0)69/716 73329 - 21, Fax -10,
bundesverband@anu.de, www.umweltbildung.de